IMT Nuremberg Archives

H – 228

International Court of Justice

File copy

H0228-0002

Internationaler Militaergerichtshof
Nuernberg, Deutschland. 29.November 1945
Sitzung 10.oo Uhr.

Mr. Alderman: Meine Herren Richter: Bevor wir die Betrachtungen des zweiten Affidavit von Mr. Messersmith wieder aufnehmen (Urkunde 2385-PS. USA Exhibit 68) moechte ich kurz vor diesem Gericht die Tatsachen besprechen, die in dem ersten Messersmith Affidavit (Urkunde 1760-PS USA Exhibit 57) behandelt sind. Sie erinnern sich, dass Mr. Messersmith in dieser eidesstattlichen Erklaerung die folgenden allgemeinen Erklaerungen abgab:

1) Dass, obwohl Nazi-Deutschland erklaerte, die Unabhaengigkeit Oesterreichs zurespektieren, dass es in Wirklichkeit von Anfang an die Absicht hatte, den Anschluss durchzufuehren und dass der Angeklagte von Papen fuer dieses Ziel gearbeitet hat.

2) Dass, obwohl Nazi-Deutschland nach aussen hin behauptete, nichts mit den oesterreichischen Nazis zu tun zu haben, sie tatsaechlich Verbindung mit ihnen unterhielten und ihnen staendig Instruktionen und Stuetze gaben.

3) Dass, waehrend sie sich wirklich fuer die schliessliche Anwendung von Gewalt in Oesterreich, falls notwendig vorbereiteten, sie in der Stille Durchdringungstaktik anwandten, um Oesterreich innerlich zu schwaechen durch Persoenlichkeiten der sogenannten Christlichen Front, die nicht flagrante Nazis waren und fuer das ausgegeben werden konnten, was sie als "Nationale Opposition" bezeichneten und indem sie neue Namen fuer Nazi-Organisationen herausbrachten, mit der Absicht, sie in die Vaterlaendische Front Oesterreichs als ganze Gruppe hineinzubringen.

Jetzt wollen wir kurz zunaechst sehen, was einige unserer deutschen Dokumente beweisen in Bezug auf die im Affidavit Mr. Messersmith's gemachten Erklaerungen. Die Auszuege, die ich bereits aus dem Rainer-Bericht an Buerkel verlesen habe, eingeschlossen in Seyss-Inquarts Brief (Urkunde 812-PS U.S.A. Exh. 61) zeigten erstens, dass die oesterreichischen Nazigruppen mit dem Reich Verbindungen unterhielten, obwohl es im geheimen geschah, in Befolgung von Verordnung vom Fuehrer. Zweitens, dass

H0228-0003

sie ihre Organisationen auf geheimer Basis fortsetzten, um bereit zu sein fuer das, was sie einen "Notzustand" nannten. Drittens, dass sie Personen wie Seyss-Inquart und Glaise-Horstenau benutzten, die, wie sie es nannten, gute gesetzmaessige Stellungen bekleideten und das Vertrauen der Nazis besassen und dass fuenf Tage nach dem Tage vom 11.Juli 1936 der Schliessung des Vertrages zwischen Oesterreich und Deutschland - wonach Deutschland sich verpflichtete sich weder direkt noch indirekt in die inneren Angelegenheiten Oesterreichs einzumischen, einschliesslich die Frage des Nationalsozialismus in Oesterreich - die oesterreichischen Nazis sich mit Hitler in Ober-Salzberg trafen zu neuen Instruktionen und schliesslich, dass Hitler dann Keppler verwendete, (dessen Namen wir noch spaeter wieder in bezeichnender Weise treffen werden) als "Verbindungsmann" mit den oesterreichischen Nazis, unter voller Ermaechtigung vom Fuehrer an seiner Stelle in Oesterreich zu handeln und mit den Fuehrern der oesterreichischen Nazis zusammen zu arbeiten.

Dann haben wir Dokument 2247-PS, unter USA Beweis 64, vorgelegt, ein Brief vom Angeklagten von Papen an Hitler, datiert 17.Mai 1935, der sagte, dass von Papen mit Hauptmann Leopold in Verbindung stand und zeigte auch, wie von Papen Hitler dazu brachte, ein feierliches Versprechen fuer die oesterreichische Unabhaengigkeit abzugeben, um von Papens innerpolitisches Spiel in Oesterreich zu foerdern.

Und dann haben wir die Urkunde 2248-PS, USA Beweis 63, Brief des Angeklagten von Papen vom 27.Juli 1935, der die Situation ueberpruefte und zwar ein Jahr nach dem Tode von Dollfuss und darauf hinwies, wie der Nationalsozialismus die oesterreichische Ideologie ueberwaeltigen konnte, und in welchem Brief er sich vollkommen mit dem Nationalsozialismus und seinen Zielen identifiziert.

Wir haben auch Urkunde 2246-PS, USA Exhibit 67, vorgelegt, von Papens Brief an Hitler vom 1.September 1936, der zeigte, wie von Papen anriet, sowohl wirtschaftlich wie auch fortgesetzt psychologischen Druck anzuwenden; dass er Besprechungen mit Fuehrern der illegalen oesterreichischen Partei hatte; dass er versuchte die naechste Entwicklung so zu lenken, dass kor porative Vertretung der Nazi-Bewegung in die Vater-

H0228-0004

laendische Front gelangt und dass er in der Zwischenzeit nicht bereit war, vorzuschlagen, dass bekannte Nationalsozialisten in prominente Stellungen gebracht wurden, sondern sich damit zufrieden gab mit Leuten wie Glaise-Horstenau zusammen zu arbeiten.

Ich glaube, dass in allen Erklaerungen der Messersmith Erklaerung voll unterstuetzt wurden durch diese Urkunden, deutsche Urkunden, die wir vorgelegt haben. Gewisse Teile des Affidavit koennen auf Grund ihrer Natur nicht weiter durch Urkunden bewiesen werden, ich verweise da besonders auf die Unterhaltung des Mr.Messersmith mit dem Angeklagten von Papen, im Jahre 1934, die ich dem Gericht gestern vorlegte. Aber ich glaube es ist offenbar, dass diese Sachen ebenso wahr und zutreffend sind in Bezug auf des Angeklagten Schuld und Komplizitaet.

Gestern las ich dem Gericht Auszuege aus Mr.Messersmiths zweiter eidesstattlichen Erklaerung vor (Urkunde 2385-PS, USA Beweis 68), die sich mit auf die diplomatischen Vorbereitungen auf den Krieg beziehen. Vor der Vertagung des Gerichts habe ich dem Gericht vorgelegt Auszuege, die die folgenden Situationen klarstellten:

1) Nazi Deutschland hatte es unternommen, eine starke Campagne, um die diplomatischen in 1933 existierenden Vereinbarungen zu durchbrechen, zuerst im Westen, den Locarno Pakt, der durch belgisch-franzoesisches Abkommen ergaenzt wurde, und zweitens im Osten, die Kleine Entente, die Tschechoslowakei und Polen umfassend, und deren gegenseitige Hilfeleistungsvertraege mit Frankreich, den Franzoesisch-Polnischen Pakt, sowie Oesterreich betreffend, Italiens besondere Besorgnis um deren - das heisst Oesterreichs - Unabhaengigkeit.

2) weil Deutschland diesen Buendnissen mit aussergewoehnlichen und manchmal widerspruchsvollen Versprechungen auf territoriale Entschaedigungen auf Kosten von Laendern im suedoestlichen Europa - einschliesslich Ungarn und Polen - gegenuebertrat.

3) Mr. Messersmith schrieb einen offiziellen Bericht an das Staats Departement (State Department), in dem er darauf hinwies, dass von Neurath und von Papen in der Lage waeren viel wirksamer zu arbeiten bei diesen Versprechungen und in dem, was sie sonst unternahmen, weil, und ich zi-

H0228 -0005

tiere, sie die Mythe verbreiteten, dass sie nicht in Sympathie mit dem Nazi-Regime seien."

4) Nazis in hohen Stellungen erklaerten offen, Deutschland wuerde seine internationalen Verpflichtungen nur so lange erfuellen wie es ihm passen wurde.

Es gibt zwei weitere Auszuege, die ich lesen moechte aus der eidesstattlichen Erklaerung. Wie ich gestern sagte, sind Frankreich und Italien aktiv bemueht gewesen, Deutschland im suedoestlichen Europa entgegenzuarbeiten. Frankreich versuchte, einen Ost-Locarno Pakt zustande zu bringen und eine wirtschaftliche Abmachung zwischen Oesterreich und den anderen Donaumaechten zuermutigen. Italien war bestrebt, einen Wirtschaftsblock, bestehend aus Oesterreich, Ungarn und Italien war bestrebt, einen Wirtschaftsblock, bestehend aus Oesterreich, Ungarn und Italien, zu organisieren. Aber Deutschland machte diese Bemuehungen zunichte, indem es seine Versprechungen von Beuteanteil verdoppelte, indem es seine Ruestungsmaschine im Betrieb hielt und durch andere sehr bezeichnende Strategie, naemlich die Fuenfte Kolonne, sowie dadurch, dass die Nazis innere Uneinigkeit in Nachbarlaendern entfachte um die Opfer, die es im Auge hatte, in Uneinigkeit zu bringen und zu schwaechen.

Ich lese nun von Seite 7 des englischen Textes von Mr. Messersmith zweitem Affidavit (Urkunde 2385-Ps, USA Beweis No.68) der Absatz in der Mitte der Seite beginnend.

"Zur gleichen Zeit , da Deutschland diese Versprechungen von Entschaedigung fuer in ihrem Programm geleistete Mitarbeit machte, entfachte sie innere Uneinigkeiten in diesen Laendern selbst und in Oesterreich und der Tschechoslowakei besonders.

All dies war darauf abgestellt, alle Gegnerschaft zu schwaechen und die Nazi-freundlichen und faschistischen Elemente zu staerken, um friedliche Zustimmung zum deutschen Programm sicher zu stellen. Deutschlands Machinationen in Oesterreich habe ich schon im einzelnen erwaehnt, wie sie direkt zur Besprechung gelangten, und zwar in einem separaten Affidavit. In der Tschechoslowakei verfolgten sie die gleichen Taktiken mit den Sudeten-Deutschen. Ich hatte zuverlaessige Information, dass die Nazi-

H0228-0006

Partei ueber 6 Millionen Markverausgabte, allein um die Heinlein Partei beiden Wahlen im Fruehjahr 1935 zu finanzieren. In Jugoslavien spielte sie die alten Uneinigkeiten auf zwischenden Kroaten und Serben sowie die Furcht vor der Wiedererrichtung der Habsburg Monarchie in Oesterreich. Es sei hier bemerkt, dass dieses letztere eines der Hauptinstrumente war und eines der wirksamsten von Deutschland angewandt, denn die Furcht - besonders in Jugoslavien - vor Wiederherstellung einer Habsburger Monarchie war aeusserst akut. In Ungarn spielten sie die agrarischen Schwierigkeiten aus und gleichzeitig ermutigten so offensichtlich das Nazielement in Ungarn, dass die Ungarische Regierung provoziert wurde, die Abberufung von Mackensens im Jahre 1936 erlangen. In Ungarn und in Polen spielte man die Furcht vor dem Kommunismus und dem kommunistischen Russland aus. In Rumaenien sorgte man fuer Verschaerfung des anti-Semitismus, durch Hinweis auf die wichtige Rolle der Juden in der rumaenischen Industrie und auf das juedische Herkommen von Lupescu. Deutschland hat zweifellos auch die faschistische Eiserne Garde durch Codreanu finanziert.

"Derartige diplomatische Schritte, besonders im Zusammenhang mit seinem gewaltigen Aufruestungsprogramm hatten eine nicht unbedeutende Wirkung - besonders in Jugoslavien, Polen und Ungarn, - in jedem Falle in genuegender Weise, um diese Laender zu veranlassen davon abzustehen sich irgend einer Kombination anzuschliessen, die gegen Deutschlands Absichten gerichtet war - wenn auch nicht in dem Masse, dass es sie genuegend ueberzeugt haette sie zu veranlassen, sich aktiv selbst mit Nazi-Deutschland zu verbinden. Wichtige politische Fuehrer Jugoslaviens begannen sich allmaehlich davon zu ueberzeugen, dass das Nazi-Regime am Ruder bleiben wuerde und seine Absichten durchsetzen und dass es selbstverstaendlich im Interesse von Jugoslaviens Sicherheit war, mit Deutschland zusammen zu arbeiten."

Ich werde nicht die Zeit des Gerichts in Anspruch nehmen, um weiter vorzulesen aus den ins einzelne gehenden offiziellen Berichten des Mr. Messersmith an das Amerikanische Staats Department und die zeigten, dass Jugoslavien, Ungarn und Polen begannen, der deutschen Linie zu folgen.

HO228-0007

Was Italien anbetrifft, ging Deutschlands erste Absicht dahin, zwischen Jugoslavien und Italien Zwietracht zu saeen durch Versprechung von italienischem Gebiet an Jugoslavien, besonders Triest. Dies wurde getan, um Frankreich daran zu hindern, eine Vereinbarung mit ihnen einzugehen und den Ost Locarno Pakt zu vereiteln. In dem Zusammenhang zitiere ich wieder aus der Urkunde 2385-PS (USA Exhibit 68), das zweite Messersmith Affidavit, Seite 10, ziemlich in der Mitte der Seite vom englischen Text.

"Waehrend sich Italien offen den oesterreichischen Anschlussbemuehungen entgegensetzte im Jahre 1934, haben italienische Bestrebungen in Abessinien Deutschland Gelegenheit gegeben, Unfrieden zwischen Frankreich, Italien und England zu saeen und Italien zur Annahme des deutschen Programms zu gewinnen als Entschaedigung fuer deutsche Unterstuetzung italienischer Plaene in Abessinien."

Das, Hohes Gericht, ebnete den Weg fuer die oesterreichisch-deutsche Erklaerung, oder den Vertrag, vom 11.Juli 1936. Im Herbst 1936 reichte Deutschland Italien die Hand der Freundschaft, zur Verwirklichung gemeinsamer Zwecke, in einem Buendnis, das sie die "Rom-Berlin Axis" nannten. Dieses, zusammen mit Deutschlands Buendnis mit Japan, uebte einen wachsenden Druck auf England aus und erhoechte in bedeutendem Masse die relative Staerke Deutschlands.

H0228 – 0008

Auf diese Weise, hatten Nazi-Verschwoerer durch sorgfaeltigste Vorbereitung auf diplomatischem Gebiete unter anderem eine Stellung fuer sich gesichert, in der sie ernste Kriegsplaene erwaegen und diese Plaene zweckmaessig umreisen konnten. - Nicht bindende Plaene zum Losschlagen auf Monate und Tage, genaue Plaene, aber doch Plaene, die die notwendige Grundlage fuer weitere Angriffe waren und zwar ein Ansporn fuer eine mehr spezifische Planung.
Dieser Zeitplan wurde, wie das Gericht bereits gesehen hat, in der Konferenz von 5. November 1937 festgestellt, - auf Dokument Nr. 386-PS, USA 25, das Protokoll dieser Konferenz, auf das ich mich letzten Montag bezog. In diesem Protokoll sehen wir die Crystalisation des Planes, einen Angriffskrieg in Europa zu fuehren und sowohl Oesterreich, als auch dann die Tschechoslowakei einzunehmen und zwar in dieser Reihenfolge:
Im Zusammenhang mit der Darstellung des Angriffs auf Oesterreich, habe ich zuerst die Absicht, die Nazi-Verschwoerer bezueglich der Annexation von Oesterreich und dann die Schritte, die tatsaechlich in Oesterreich bis zu dieser Periode, naemlich bis November 1937 gemacht wurden, darzustellen.
Ich habe auch dem Gericht eine Darstellung der allgemeinen diplomatischen Vorbereitungen der Nazi-Verschwoerer gegeben, bezueglich ihres Programmes in Europa allgemein, im Bezuge auf Oesterreich im besonderen.
Es mag auch jetzt von Nutzen sein, das Protokoll der Zusammenkunft vom 5. November 1937, im Lichte dieser Angelegenheit noch einmal zu betrachten.
Man wird sich erinnern, das in dieser Zusammenkunft der Fuehrer darauf bestand, dass Deutschland mehr Lebensraum in Europa haben muesste. Er kam zu dem Entschluss, dass der benoetigte Raum mit Gewalt genommen werden muesste: und zwar waren drei verschiedene Moeglichkeiten da, aber alle kamen zu derselben Schlussfolgerung, dass das Problem bestimmt waehrend der Periode von 1943 - 1945 geloest werden muesste.

H0228 - 0009

Dann wurde die Natur eines Krieges in der nahen Zukunft, besonders gegen Oesterreich und der Tschechoslowakei besprochen.
Hitler erklaerte, dass fuer die Verbesserung von Deutschlands militaerischer und politischer Lage es das erste Ziel der Nazis sein muesste, im Falle eines Krieges, Tschechoslowakei und Oesterreich zur gleichen Zeit einzunehmen, um jede Flankendrohung im Falle eines moeglichen Vorgehens nach den Westen, zu beseitigen.
Hitler sprach dann, dass die Einverleibung der Tschechoslowakei und Oesterreichs in Deutschland eine Eroberung von Lebensmitteln fuer 5 bis 6 Millionen Menschen bedeuten wuerde, in der Annahme, dass eine gross angelegte gezwungene Auswanderung von einer Million Menschen aus Oesterreich ausgefuehrt werden koennte.
Und zwar weist er darauf hin, dass die Eingliederung der zwei Staaten an Deutschland, sowohl in militaerischer als auch in politischer Beziehung, eine erhebliche Erleichterung bringen wuerde, da sie eine kuerzere und bessere Grenze moeglich macht: Kampfpersonal fuer andere Zwecke freimacht und die Aufstellung einer neuen grossen deutschen Armee moeglich wuerde.
Soweit Oesterreich in Betracht kommt, zeigen diese Protokolle eine Crystalisation in der Politik der Nazi-Verschwoerer. Es war immer ihr Ziel gewesen, Oesterreich zu erlangen. Im Anfang wurde ein revolutionaerer Putsch versucht, aber der schlug fehl und die naechste Periode war die, einer Anerkennung der Unabhaengigkeit Oesterreichs nach aussen.
Die Anerkennung der Unabhaengigkeit Oesterreichs nach aussen und die Verwendung einer unrichtigen Taktik, um die Stellung der Nazis in Oesterreich zu staerken.
Es wurde jedoch jetzt klar, dass die Notwendigkeit fuer Oesterreich auch in dem Lichte der groesseren Angriffsplaene der Nazi-Verschwoerer genuegend gross war, um die Verwendung von Gewalt bei der Annexion Oesterreichs mit der gewuenschten Geschwindigkeit zu rechtfertigen. Tatsaechlich waren die Nazis imstande, auch Oesterreich zu sichern, nachdem sie es innerlich geschwaecht und es

H0228 - 0010

der Unterstuetzung anderer Nationen geraubt hatten, indem sie nur eine militaerische Maschine in Bewegung setzten und mit Gewalt drohten.

Die Deutschen Armeen waren im Stande, die Grenzen zu ueberschreiten und sich des Landes zu bemaechtigen, ohne auch nur einen Schuss zu feuern.

Die sorgfaeltige Planung dieses Krieges und ihre Bereitschaft, Krieg als Instrument der politischen Taetigkeit zu gebrauchen, machte es moeglich, letzten Endes diese Pflaume zu pfluecken, ohne fuer sie kaempfen zu muessen.

Das Deutsche Oberkommando hatte natuerlich vorher Vorbereitungen gegen Oesterreich in Betracht gezogen.

Ich unterbreite als Beweismittel noch ein deutsches Dokument, C-175, USAExhibit 69. Es ist wieder eine hoechst geheime "Weisung" und wie von den Deutschen angefuegt "Chef Sache, nur durch Offizier".

Das war die hoechste geheime Anweisung vom 24. Juli 1937 von Reichskriegsminister und Oberbefehlshaber der Armee General von Blomberg.

Die Bedeutung dieser hoechst geheimen Anweisung ist durch die Tatsache gekennzeichnet, dass der Durchschlag, den das Oberkommando der Kriegsmarine erhielt, nur einer, damals von der Gesamtsumme von 4 Durchschlaegen war, der die Richtlinien fuer eine deutsche Kriegsvorbereitung der Wehrmacht festlegte.

Diese Richtlinien von General von Blomberg erklaeren, dass, obwohl die allgemeine politische Lage, dass Deutschland keinen Angriff von irgend einer Seite in Betracht zu ziehen brauche und erklaert auch, das Deutschland nicht absichtlich einen europaeischen Krieg entfesseln wollte.

Und dann heisst es im ersten Teil und ich zitiere von Seite 2 des englischen Textes, der, wie ich glaube, Seite 4, Paragraph 3 des deutschen Textes entspricht.

"Ebensowenig besteht von Seiten Deutschlands die Absicht einen europaeischen Krieg zu entfesseln.

"Trotzdem erfordert die politische labile und ueberraschende

H0228 - 0011

29 Nov- - Nr 4.

Zwischenfaelle nicht ausschliessende Weltlage eine stete Kriegsbereitschaft der deutschen Wehrmacht.

a) um Angriffen jederzeit entgegenzutreten

b) und um etwas sich ergebende politisch guenstige Gelegenheiten militaerisch ausnutzen zu koennen.

Die Anweisung folgt daraus, das gewisse Kriegsvorbereitungen von einer allgemeinen Natur getroffen wurden. Ich zitiere vom 3. Teil, Seite 4 des englischen Textes und Seite 19, des deutschen Textes.

"I.) Sonderfall "Otto".

Der Fall "Otto", wie sie sehen werden, war das Code-Wort fuer den agressiven Krieg gegen Oesterreich.

Ich zitiere:

"Bewaffnete Intervention gegen Oesterreich fuer den Fall, dass diese die Monarchie wiederherstellen sollte."

Ziel dieser Intervention wird sein, Oesterreich mit Waffengewalt zum Verzicht auf eine Restauration zu zwingen.

Hierzu ist unter Ausnutzung der innerpolitischen Spaltung des oesterreichischen Volkes in allgemeiner Richtung auf Wien einzumarschieren und jeden Widerstand zu brechen."

Ich moechte nur die Aufmerksamkeit auf 2 Unterredungen richten, die zwischen dem Botschafter Bullitt und dem Angeklagten Schacht und Goering im Nove ber 1937 stattfanden.

Dr. Franz Exner: "Ich bin Professor Exner, Verteidiger des Generaloberst Jodl. Ich moechte meine Bedenken aussprechen, gegen die Art, in welcher das Dokument C-175 behandelt wurde. Diese Urkunde ergibt wieder eine Urkunde des Generalstabes, welche alle Moeglichkeiten des Krieges vorbereitet.

Es ist hier sogar an eine Moeglichkeit gedacht, dass Deutschland mit Spanien einen Krieg zu fuehren hat und das es hier kriegerisch eingreifen muss.

Es wurde dies dort nur teilweise verlesen und zwar der Teil, der sich auf Oesterreich bezieht und dadurch den Anschein erweckt,

H0228-0012

als ob es sich ueberhaupt um einen Marschplan nach Oesterreich handelte, waehrend tatsaechlich das deutsche Reich damals keinerlei Angriffsplaene hatte, sich aber auf alle Eventualitaeten vorbereitete."

Vorsitzender: "Dr.Exner, Ihr Einspruch scheint sich nicht gegen die Zulassung dieses Dokumentes zu richten, sondern gegen die Beweiskraft des Dokuments.

Das Gericht hat schon die Verteidigung dahingehend informiert, dass sie die Moeglichkeit haben wird, zum gegebenen Zeitpunkt sich auf jedes Dokument zu beziehen, von dem nur Teile gelesen wurden und solche Teile zu lesen.

Ihr Einspruch ist daher fruchzeitig, da wir spaeter die Moeglichkeit haben werden/ jeden Teil dieses Dokumentes vorzulesen.

Dr. Aldeman: " Ich nehme an, wenn es dem Gericht gefaellt, dass die Grundlage dieses Einspruches von der deutschen Verteidigung in dem Sinne zu sein scheint, dass Deutschland niemals Plaene fuer die Invasion Oesterreichs gemacht hat und es wuerde daraus folgen, das Deutschland Oesterreich niemals ueberfallen hat und vielleicht irrt sich die Geschichte.

Ich habe mich gerade mit 2 Unterredungen, die der Botschafter der Vereinigten Staaten Bullitt mit dem Angeklagten Schacht und Goering im November 1937 hatte, bezogen.

Zu diesem Zweck liegt als Beweismaterial Dokument L-151 vor, US. Exhibit 70. Es ist ein Bericht vom Botschafter Bullitt, amerikanischer Botschafter in Paris, zu dem amerikanischen Staatssekretaer am 33. November 1937. Und hier bitten wir das hohe Gericht, davon Kenntnis zu nehmen, dass sich das Dokument nicht im Dokumentenbuch befindet und dem Gericht vorgelegt werden kann. Es ist in deutscher Uebersetzung den Verteidigern zur Verfuegung gestellt worden.

Vorsitzender: "Wir haben es in deutsch."

Dr.Aldeman: "Ich nehme an, dass Sie den Text in der deutschen Sprache haben." Wenn das hohe Gericht es mir erlaubt, werde ich Ihnen das Originalbeweisstueck vorlesen.

H0228 – 0013

29 Nov-L- LX 6.

Am Anfang ist ein Brief des Gesandten Bullitt an den Staatssekretaer vom 23. November 1937: er teilt mit, dass er Warschau besuchte und Unterredungen mit Schacht und Goering gehabt hatte. Ueber diese Unterredung mit Schacht lese ich auf Seite 2 des Berichtes. Schacht sagte, dass nach seiner Meinung der beste Weg sich mit Hitler zu verstaendigen, nicht durch politische, sondern durch wirtschaftliche Diskussion waere. Hitler sei nicht an oekonomischen Fragen interessiert. Er betrachtet Gold als Schmutz. Es waere daher moeglich, sich mit ihm in Verhandlungen auf wirtschaftlichem Gebiet einzulassen, ohne seine gefuehlsmaessige Abneigung hervorzurufen. Es waere moeglich, in dieser Diskussion mit ihm zu einer Einigung, politisch als auch militaerische Gebiete betreffend, zu kommen, an welchen er am staerksten interessiert waere.

Hitler war entschlossen, Oesterreich zu haben und es schliesslich an Deutschland anzugliedern und die Autonomie der Deutschen in Boehmen zu erlangen. In diesem Augenblick war er nicht am polnischen Korridor interessiert - das ist Schacht's Meinung - und es waere seiner Meinung nach moeglich, den Korridor zu behalten, vorausgesetzt, dass Danzig erlaubt wuerde, sich Ostpreussen anzuschliessen und vorausgesetzt, dass eine Bruecke ueber den Korridor gebaut werden wuerde, die Danzig und Ostpreussen mit Deutschland vereinigte.

H0228-0014

Und was die Erklaerung des Angeklagten Goering dem Botschafter Bullitt gegenueber betrifft, so moechte ich vom zweiten Memorandum: "Memorandum der Unterhaltung zwischen Gesandten Bullitt und General Goering", vorlesen, und zwar auf der zweiten Seite, etwas unterhalb der Mitte der Seite, gleich nach dem Teil des Satzes, der unterstrichen ist. "Die einzige Reibungsquelle zwischen Deutschland und Frankreich bestehe in Frankreichs Weigerung, Deutschland gewisse lebensnotwendige, nationale Beduerfnisse befriedigen zu lassen. Falls Frankreich anstatt mit Deutschland zusammenzuarbeiten, die Politik fortsetzen sollte, Buendnisse in Osteuropa zu schaffen, um Deutschland an der Verwirklichung seiner gerechten Ziele zu verhindern, dann ist es klar, dass es zwischen Frankreich und Deutschland zum Konflikt kommen wuerde.

Ich fragte Goering, welche Ziele er im Sinne haette. Er antwortete: "Wir sind entschlossen dem deutschen Reiche alle Deutschen einzuverleiben, die zum Reiche gehoeren, die aber durch die kuenstlichen Schranken des Versailler Vertrages von der grossen Masse der deutschen Rasse getrennt wurden. Ich fragte Goering, ob er damit meine, dass Deutschland unbedingt entschlossen sei, Oesterreich ins Reich einzugliedern. Er sagte, dass dies ein unbedingter Entschluss der deutschen Regierung sei. Die deutsche Regierung wuerde diese Angelegenheit zu diesem Zeitpunkt nicht draengen, wegen gegenwaertiger politischer Beruecksichtigungen, besonders in ihrem Verhaeltnis mit Italien; aber Deutschland wuerde keine andere Loesung der oesterreichischen Frage, als die der Einverleibung Oesterreichs in das deutsche Reich, dulden. Dann gab er eine Erklaerung ab, die weiter ging, als ich sie je in dieser Angelegenheit gehoert habe. Er sagte, es gibt Plaene, fuer eine Union von Oesterreich, Ungarn und der Tschechoslowakei, entweder mit oder ohne einen Habsburger an der Spitze der Vereinigung. Eine solche Loesung ist nicht annehmbar fuer uns, und die Folge eines derartigen Abkommens wurde ein sofortiger casus belli, sein. (Goering gebrauchte den lateinischen Ausdruck casus belli. Das ist keine Uebersetzung vom Deutschen, in welcher Sprache die Unterhaltung gefuehrt wurde.)

Ich fragte Goering, ob die deutsche Regierung in ihren Absichten bezueglich der Deutschen in Boehmen genau so entschlossen sei, wie bezueglich Oesterreichs. Er erwiderte: Es koennte auch nur eine einzige Loesung dieser Frage geben. Die Sudetendeutschen muessen in das deutsche Reich eintreten, genau wie alle anderen Deutschen, die am Rande des Reiches wohnen." Dies,

Hoher Gerichtshof, sind die amtlichen Berichte, von einem beglaubigten Vertreter der Vereinigten Staaten waehrend seines amtlichen Geschaeftsdienstes. Sie enthalten die Garantie der Wahrheit, in einem Bericht, der von einem verantwortlichen Beamten an seine Regierung gemacht wurde und der zeitgenoessische Unterredungen und Ereignisse aufnahm.

Mein naechster Gegenstand ist Druck und Drohungen, die weitere Konzessionen seitens Oesterreich zur Folge hatten; ein Zusammentreffen in Berchtesgaden am 12. Februar 1938.

Wie ich vorher ausgefuehrt habe, hat die oesterreichische Regierung, wegen grossen Schwierigkeiten, die durch ihren Nachbarn auferlegt wurden, zu leiden. Wirtschaftsdruck, einschliesslich der Kuerzung der fremden Industrie wurden ausgeuebt. Ausserdem wurde, wie ihn der Angeklagte von Papen bezeichnet, langsam ein psychologischer Druck ausgeuebt. Kundgebungen, Anschlaege und Verschwoerungen wurden vermehrt. Forderungen wurden von Hauptmann Leopold vorgelegt und die Zustimmung der Nazis wurde von den Angeklagten Seyss-Inquart, dem neuen Ratsmitglied des oesterreichischen Staates, angenommen. In dieser Lage entschied sich Kanzler Schuschnigg, Hitler in Berchtesgaden zu besuchen. Das amtliche Communique, dieser Konferenz erscheint ganz ruhig. Ich fordere das Gericht auf, von ihm rechtlich Kenntnis zu nehmen. Es ist Urkundennummer 2461-PS des amtlichen deutschen Communiques. Ueber das Zusammentreffen von Hitler und Schuschnigg in Obersalzberg vom 12. Februar 1938, sowie es den amtlichen Urkunden der deutschen Politik, Band 6, 1, Seite 124, Nummer 21 a, entnommen ist. Das Communique sagt, dass die nichtamtliche Zusammenkunft vom gegenseitigen Wunsch getragen sei, durch persoenliche Aussprache, die Frage der Beziehungen zwischen dem deutschen Reich und Oesterreich zu klaeren. Das Communique nennt als Anwesende, Schuschnigg und seinen Aussenminister Schmidt, Hitler und seinen Aussenminister Ribbentrop und den Angeklagten von Papen. Das Communique schliesst, ziemlich ruhig:

"Beide Staatsmaenner sind ueberzeugt, dass die von ihnen unternommenen Massnahmen zur gleichen Zeit einen wirksamen Beitrag fuer die friedliche Entwicklung der europaeischen Lage darstellt." Ein aehnliches Communique wurde von der oesterreichischen Regierung ausgegeben. Tatsaechlich, und ich glaube, es ist in der Geschichte wohl bekannt, war die Konferenz sehr ungewoehnlich und sehr hart. Grosse Konzessionen wurden von der deutschen Regierung von Oester

H0228-0015

H0228-0016

reich erlangt. Die Hauptkonzessionen sind im amtlichen oesterreichischen Communique enthalten und bestanden in der Umaenderung des Kabinetts und der allgemeinen politischen Amnestie vom 16. Februar 1938. Dieses Communique, den "Dokumenten der deutschen Politik", Band 6, Seite 125, Nummer 21b, entnommen, ist in unserer Urkunde, Nummer 2464-PS uebersetzt. Ich bitte das Gericht, hiervon rechtlich Kenntnis zu nehmen. Dieses Communique zeigt die Umaenderung des oesterreichischen Kabinetts an, einschliesslich, bezeichnenderweise, die Ernennung des Angeklagten Seyss-Inquart zum Sicherheits- und Innenminister, in welcher Stellung er die Kontrolle ueber die Polizei inne hatte. Ausserdem wurde die allgemeine politische Amnestie von Nazis angezeigt, die wegen begangener Verbrechen verurteilt waren. Zwei Tage spaeter, wurde eine weitere Konzession veroeffentlicht. Ich bitte das Gericht von unserem Dokument, Nummer 2769-PS rechtlich Kenntnis zu nehmen, eine Uebersetzung der amtlichen deutschen und oesterreichischen Communiques, bezueglich der sogenannten gleichen Rechte der oesterreichischen Nationalsozialisten in Oesterreich vom 18. Februar 1938. (Dokumente der deutschen Politik, Band 6, 1, Seite 128, Nummer 21 d). Dieses Communique sagte, dass gemaess der Berchtesgadener Konferenz, die oesterreichischen Nationalsozialisten in der vaterlaendischen Front, der einigen gesetzlichen politischen Partei Oesterreichs, aufgenommen wuerden.

Vorsitzender: Wollen Sie uns bitte sagen, welche Nummern diese Beweisstuecke tragen?

Mr. Aldermann: Ich bitte um Entschuldigung; Dokument 2469-PS . . . . . .

Vorsitzender: Wir haben dieses noch nicht gehabt. Wir haben 2461-PS, welche Beweisstuecknummer ist dies?

Mr. Aldermann: Ich habe dies nicht vorgelegt. Ich habe nur gebeten, dass das Gericht rechtlich Kenntnis von ihm, als einem amtlichen Communique, nehme.

Vorsitzender: Sie geben ihm keine Exhibit-Nummer?

Mr. Aldermann: Nein.

Vorsitzender: Auch nicht 2469?

Mr. Aldermann: Nein. Tatsaechlich wurde grosser Druck auf Schuschnigg in Berchtesgaden ausgeuebt. Die Tatsache, dass Druck, militaerischer Druck, einschliesslich der Drohung, Militaer zu verwenden, ausgeuebt wurde, kann mit den erbeuteten deutschen Dokumenten genuegend bewiesen werden. Ich besitze Dokument, Nummer 1544-PS, ein erbeutetes deutsches Dokument, welches ich als Beweisstueck,

H0228 - 0017

US Exhibit 71, dem Gericht vorlege. Dieses Dokument besteht aus den eigenen Notizen des Angeklagten von Papens, ueber sein letztes Zusammentreffen mit Schuschnigg am 26. Februar 1938. Ich zitiere die letzten 2 Abschnitte dieser Notizen: "Ich brachte dann in die Unterredung die weitverbreitete Ansicht, dass er "(das heisst, Schuschnigg)" unter brutalen Druck in Berchtesgaden gehandelt haette. Ich waere selbst zugegen gewesen und kann sagen, dass er immer und zu jeder Zeit, vollstaendige Freiheit der Entscheidung gehabt haette. Der Kanzler antwortete, dass er tatsaechlich unter betraechtlichem Druck gestanden haette und dass er dies nicht bestreiten koennte. Er haette Notizen ueber das Gespraech gemacht, aus welchen dasselbe hervorging. Ich machte ihn darauf aufmerksam, dass trotz dieses Gespraechs er keine Konzessionen haette machen koennen, und ich fragte ihn, ob er ohne Druck bereit gewesen waere, die Konzessionen, die er am spaeten Abend machte, zu machen. Er antwortete: "Offen gestanden, nein." Und dann sagte Papen: "Es scheint mir von Wichtigkeit, diese Aussage festzuhalten." Als wir uns trennten, sagte ich zum Kanzler, dass er sich nicht darueber taeuschen solle, dass Oesterreich seinen Status niemals ohne die Hilfe von nichtdeutscher, europaeischen Kombinationen aufrecht erhalten koennte. Diese Frage koennte nur auf Grund der Interessen des deutschen Volkes entschieden werden. Er behauptete, dass er derselben Ansicht waere und es auch so halten wuerde."

Auf diese Weise und durch die Worte von Papens haben wir Schuschnigg's zeitgenoessische Feststellung Papen gegenueber, worin er von dem Druck spricht, der auf ihn ausgeuebt wurde, sowie von dem Angeklagten von Papen in einem urspruenglichen, zeitgenoessischen Eintrag festgehalten wurde. Aus diplomatischen Gruenden taeuschte Papen, der in Berdhtesgaden zugegen war, vor, dass kein Druck angewandt wurde.

Doch der Angeklagte General Jodl, der die laufenden Ereignisse in seinem Notizbuch niederlegte, war viel aufrichtiger, Wir sind in der gluecklichen Lage, das eigenhaendiggeschriebene Notizbuch General Jodls zu besitzen, in deutscher Schrift, die ich nicht lesen kann. Es ist unsere Dokumentnummer 1780-PS und ich lege es als Beweisstueck US Exhibit 72 dem Gericht vor. Ich darf noch sagen, dass General Jodl in Verhoeren zugegeben hat, dass es sein echtes Notizbuch ist, in seiner eigenen Handschrift. Dieses Notizbuch offenbart nicht nur den Druck, der in Berchtesgaden ausgefuehrt wurde, sondern auch

H0228 - 0018

die Tatsache, dass waehrend mehrerer Tage danach der Angeklagte Keitel und Admiral Canaris einen Plan zur Vortaeuschung militaerischen Druckes ausarbeiteten, um Miklas, den Praesidenten von Oesterreich, zur Ratifizierung der Vereinbarung zu zwingen. Es begann mit Schuschnigg in Berchtesgaden. Es mag erwaehnt werden, dass die Zustimmungen der Praesidenten Miklas zur Ratifizierung der Berchtesgadener Vereinbarung benoetigt war; d.h. was die Ernennung Seyss-Inquarts zum Innen- und Sicherheitsminister betrifft. Die Nazi-Verschwoerer hielten den militaerischen Druck, verbunden mit Drohungen des Einfalls, fuer einige Tage nach der Berchtesgadener Konferenz aufrecht, um die gewuenschte Wirkung auf Praesident Miklas auszuueben. Ich zitiere aus General Jodls Notizbuch die Eintragungen vom 11., 13. und 14. Februar 1938.

Die Eintragungen vom 11. Febr. "Am Abend, sowie am 12. Februar General K (Keitel) mit General von Reichenau und Sperrle auf dem Obersalzberg. Schuschnigg mit G. Schmidt werden wieder unter schwersten politischen und militaerischen Druck gesetzt. Um 2300 Uhr unterschreibt Schuschnigg das Protokoll." 13. Februar: General K (Keitel) am Nachmittag und Admiral C (Canaris), forderten mich auf, in seine Wohnung zu kommen. Er sagt uns, dass der Befehl des Fuehrers war, dass militaerischer Druck, durch Vorspiegelung militaerischer Handlung bis zum 15., aufrecht zu erhalten sei. Vorschlaege fuer diese Taeuschmanoever wurden aufgesetzt und durch Telephon an den Fuehrer zwecks Zustimmung gegeben." 14. Februar: Um 2.40 Uhr trifft die Zustimmung des Fuehrers ein. Canaris hat sich nach Muenchen zur Abwehrstelle VII begeben und leitet die verschiedenen Massnahmen ein. Die Wirkung ist rasch und kraeftig. In Oesterreich entsteht der Eindruck ernster militaerischer Vorbereitung in Deutschland.

Die Vorschlaege dieser Taeuschmanoever, so wie sie von dem Angeklagten Jodl berichtet sind, sind im Dokument 1775-PS, einem erbeuteten deutschen Dokument dargelegt und ich lege es als Beweisstueck US Exhibit 73, dem Gericht vor. Die Vorschlaege sind von dem Angeklagten Keitel geschrieben. Unter seiner Unterschrift ist eine Notiz, dass der Fuehrer diese Vorschlaege gebilligt hat. Im Originaldokument ist diese Notiz mit Bleistift, handgeschrieben. Die Geruechte, die Keitel fuer die Einschuechterung Oesterreichs vorgeschlagen hatte, sind sehr interessante Lektuere. Ich zitiere die ersten drei Abschnitte des vorgeschlagenen Befehls:

1.) Eine tatsaechliche Bereitschaftsmassnahme im Heer und in der Luftwaffe

H0228 - 0019

ist nicht durchzufuehren. Keine Truppenverschiebungen oder Aufmaersche.

2.) Falsche, aber glaubwuerdige Nachrichten lancieren, die auf militaerische Vorbereitung gegen Oesterreich schliessen lassen.

a) durch V-Maenner in Oesterreich

b) durch unser Zollpersonal an der Grenze

c) durch Reiseagenten

3.) Solche Nachrichten koennen sein:

a) Im Bereich des VII.A.K. (Armee Korps) soll Urlaubssperre verhaengt sein,

b) In Muenchen, Augsburg und Regensburg wird Eisenbahnleermaterial zusammengezogen,

c) Generalmajor Muff, der militaerische Attache in Wien, ist zur Besprechung nach Berlin berufen worden." (trifft tatsaechlich zu). Das erinnert mich an einem Rechtsanwalt in meiner Heimatstadt, der eine Angelegenheit ausfuehrlich bestritt und dann mit der Feststellung endete: nebenbei gesagt, dies ist die Wahrheit.)

d) Die Grenzpolizeistelle an der oesterreichischen Grenze haben Verstaerkungspersonal eingezogen.

e) Zollbeamte berichten von bevorstehenden Uebungen der Gebirgsbrigade in der Naehe von Freilassing, Reichenhall und Berchtesgaden.

Das ganze Programm der Einschuechterung und der Geruechte war wirksam, denn zur gehoerigen Zeit, wie wir bereits aus den erwaehnten Komunitee ersehen hatten, bestaetigte Praesident Miklas die Berchtesgadener Vereinbarung, welches den Schatten eines nationalsozialistischen Oesterreichs vorauswarf und auch den Schatten auf die Ereignisse, die mit dem tatsaechlichen deutschen Einmarsch am 12. Maerz 1938 ihren Hoehepunkt erreichten.

Herr Vorsitzender ist dies ein guenstiger Augenblick um eine Gerichtspause einzuschalten?

Vorsitzender: Es tritt nun eine Gerichtspause von 10 Minuten ein.

HO228 - 0020

Mr. Alderman: Hoher Gerichtshof! Ich bin zur Behandlung der Ereignisse gekommen, die ihren Hoehepunkt in der deutschen Invasion von Oesterreich am 12. Maerz 1938 haben, und ganz besonders moechte ich die Vorbereitungen der deutschen und oesterreichischen National Sozialisten fuer die Volksabstimmung beleuchten.

Am Tage nach seiner Ernennung zum Innenminister von Oesterreich flog Seyss-Inquart nach Berlin zu einer Konferenz mit Hitler. Ich bitte den Gerichtshof, juridische Kenntnis der offiziellen deutschen Verlautbarung zu nehmen, die diesen Besuch Seyss-Inquarts erwaehnt, erschienen Band 6-1, Seite 128,"Dokumente der deutschen Politik", Nr.21c. Eine Abschrift derselben ist identisch mit unserem Dokument 2484-PS.

Am 9. Maerz 1938, drei Wochen, nachdem dem Angeklagten Seyss-Inquart die oesterreichische Polizei ueberantwortet wurde und er dadurch in der Lage war, deren Handlungen den oesterreichischen Nationalsozialisten gegenueber zu lenken - drei Wochen, nachdem die Nazis ihr neugewonnenes Ansehen und ihre Position fuer die Erringung neuer Siege ausnuetzten, erliess Schuschnigg eine wichtige Ankuendigung.

Am 9. Maerz 1938 erliess Schuschnigg eine Verlautbarung, dass er am kommenden Sonntag, dem 13. Maerz 1938 in ganz Oesterreich eine Volksabstimmung abhalten lassen werde. Die zur Abstimmung vorzulegende Frage lautete:"Sind Sie fuer ein unabhaengiges, soziales, christliches, deutsches und geeinigtes Oesterreich?" Die Antwort "Ja" war gewiss vereinbart mit dem mit der deutschen Regierung geschlossenen Abkommen vom 11. Juli 1936, das am 12. Februar 1938 in Berchtesgaden erweitert wurde. Ausserdem hatten die Nazis selbst seit langer Zeit eine Abstimmung ueber die Anschlussfrage verlangt. Jedoch die Nazi nahmen die Wahrscheinlichkeit einer starken "Ja"-Mehrheit ueber die von Schuschnigg in der Abstimmung vorgelegte Frage an und sie konnten die Moeg-

H0228 - 0021

lichkeit einer derartigen Vertrauenserklaerung in die Regierung Schuschnigg nicht dulden.
In jedem Falle, wie die Ereignisse zeigten, nahmen sie diese Angelegenheit zum Anlass, die oesterreichische Regierung zu stuerzen. Obwohl die Abhaltung der Abstimmung nicht vor dem Abend des 9. Maerz verlautbart wurde, erhielt die Nazi-Organisation davon frueher am Tage Nachricht. Die Nazi fassten den Entschluss, Hitler ueber ihr Verhalten in dieser Lage zu befragen,(ich meine, die oesterreichischen Nazi) und ein Protestschreiben Seyss-Inquarts an Schuschnigg zu richten; S.Inqu. sollte mit Hitlers Zustimmung vorgeben, mit Hitler ueber die Einzelheiten der Abstimmung zu verhandeln.
Dieser Bericht ist vollstaendig enthalten im Report Gauleiter Rainer an Reichskommissar Buerckel, der, wie ich erwaehnte, an Seyss-Inquart uebermittelt wurde und der bereits als Tatbestand aufgenommen wurde, unsere Urkunde 812-PS , U.S.A. 61.
Ich lese kurz aus Seite 7 des englischen Textes. Der Paragraph beginnt auf Seite 11 des deutschen Orginals:
"Die Landesleitung hoerte von der geplanten Abstimmung durch den illegalen Nachrichtendienst am 9. Maerz 1938, 10 Uhr frueh.
In der sofort nachher einberufenen Sitzung erklaerte S.I., dass er davon einige Stunden frueher gehoert habe, aber darueber nicht reden konnte, weil er sein Wort gegeben habe, Stillschweigen ueber die Sache zu bewahren. Aber waehrend der Sitzung gab er uns zu verstehen, dass die von uns erhaltene illegale Information richtig war und dass er in Anbetracht der neuen Lage mit der Landesleitung vom ersten Augenblick zusammenarbeitete.
An der ersten Besprechung um 10 Uhr frueh nahmen Klausner, Jury, Rainer, Globocnik und Seyss-Inquart teil. Hier wurde entschieden, dass 1.) der Fuehrer sofort unterrichtet werden muesse;
2.) dass dem Fuehrer die Gelegenheit zur Einmischung durch eine offizielle Erklaerung Seyss-Inquarts an Schuschnigg gegeben werden

H0228-0022

muesse;

3.) dass S.I. mit der Regierung verhandeln muesse, bis klare Instruktionen und Befehle vom Fuehrer erhalten worden seien.

S.I. und Rainer fassten zusammen einen Brief an Schuschnigg ab und eine Durchschrift desselben wurde durch den per Flugzeug zum Fuehrer eilenden Globocnik ueberbracht, am Nachmittag des 9. Maerz 1938.

"Verhandlungen mit der Regierung zeigten sich ergebnislos. Daher wurden sie von S.I. in Befolgung der Instruktionen des Fuehrers eingestellt. Am 10. Maerz waren alle Vorbereitungen fuer revolutionaere Aktionen getan und die notwendigen Befehle an alle Fuehrer der Einheiten uebermittelt. In der Nacht vom 10. zum 11. Maerz kehrte Globocnik vom Fuehrer mit der Ankuendigung zurueck, dass der Fuehrer der Partei Handlungsfreiheit gegeben habe, und dass er alle ihre Aktionen decken wuerde." Das heisst, die oesterreichische Nazi-Partei.

Als naechstes kommt Deutschlands Vorbereitungen fuer die Invasion und den Gebrauch von Gewalt.

Als die Kunde der Volksabstimmung Berlin erreichte, verursachte sie eine ungeheure Betriebsamkeit. Hitler, wie der Geschichte bekannt ist, war entschlossen, die Volksabstimmung nicht anzuerkennen. Daher berief er seine militaerischen Ratgeber und befahl die Vorbereitung des Einmarsches nach Oesterreich.

Im diplomatischen Felde begann er einen Brief an Mussolini, indem er darlegte, dass er in Oesterreich einmarschieren werde und in Abwesenheit von Ribbentrop, (der in London voruebergehend zurueckgehalten war) uebernahm der Angeklagte von Neurath wieder das Ministerium fuer auswaertige Angelegenheiten.

Die spaerlichen und irgendwie unzusammenhaengenden Aufzeichnungen in General Jodls Tagebuch geben einen anschaulichen Bericht des Treibens in Berlin. Ich lese aus seinen Eintragungen vom 10. Maerz 1938:

H0228 - 0023

Ueberraschend und ohne Befragung seiner Minister, ordnete Schuschnigg fuer Sonntag den 13.Maerz eine Volksabstimmung an, die eine starke Mehrheit fuer die Regierungspartei unter Fehlen jedweder Plaene und Vorbereitungen ergeben soll. Der Fuehrer ist entschlossen, dies nicht zu dulden.
In der gleichen Nacht vom 9. auf den 10. Maerz liess er Goering herbeirufen. General von Neubauer erhielt den Befehl, zu erscheinen, desgleichen, Minister Glaise-Horstenau, der mit dem Gauleiter Buerckel in der Pfalz weilte. General Keitel gibt die Tatsachen um 1.45 Uhr bekannt. Er erreicht die Reichskanzlei um 10 Uhr. Ich folge um 10.15 Uhr, um dem Wunsche von General von Wieman zu entsprechen und ihm die ordnungsgemaesse Skizze der "Vorbereitung Fall Otto" zu geben."

H0228 – 0024

".....13:00 Uhr, General K "(ich nehme an, das weist deutlich auf den Angeklagten v. Keitel hin) "berichtet Canaris dem Chef des Operationsstabes und der Admiralitaet, Ribbentrop ist in London zurueckgehalten. Der Angel. von Neurath uebernimmt das Auswaertige Amt. Der Fuehrer wuenscht ein Ultimatum an die oesterreichische Regierung zu senden.

Ein persoenlicher Brief wird an Mussolini gesandt und die Gruende dargelegt, die den Fuehrer zwingen, diese Handlung zu unternehmen. Um 18:30 Uhr wird Mobilisierungsbefehl dem Kommando der VIII Armee, III Korps Bezirk, gegeben, dem 7. und 13. Armeekorps, ohne Reservearmee."

"Hier soll davon Kenntnis genommen werden, dass der Angeklagte von Neurath in dieser kritischen Stunde Geschaeftsfuehrer im Auswaertigen Amt war. Am vorhergehenden Februar war der Angekl. von Ribbentrop Aussenminister geworden und der Angekl. von Neurath wurde Praesident das Geheimen Kabinettsrates. Aber in dieser kritischen Stunde, soweit Aussenpolitik in Frage kommt, war von Ribbentrop in London, wo er die diplomatischen Folgen der oesterreichischen Transaktion behandelte. Deshalb als Aussenminister in dieser Stunde der Aggression, die in sich schloss Mobilisierung und Truppenbewegung und Drohungen die Unabhaengigkeit eines benachbarten Landes zu zerstoeren, nahm der Angekl. von Neurath seine fruehere Stellung in der Naziverschwoerung wieder auf". Hier endet die Zitierung.

Ich lege jetzt als Beweismaterial Urkunde C-102, USA Exh.74 vor, eine erbeutete deutsche Urkunde, hoechst geheime Kommandosache, Richtlinien des Oberkommandos an die Wehrmacht, am 11. Maerz 1938. Diese Weisung von Hitler traegt die Initialen der Angeklagten Jodl und Keitel; erklaerte "Hitlers gemischte politische und militaerische Absichten". Ich zitiere Absaetze 1, 4 und 5 dieser Weisung. Zuerst die Ueberschrift "Der Oberste Befehlshaber der Wehrmacht" und einige Initialen; betrifft "Operation Otto". 30 Ausfertigungen. Dieses ist die elfte Ausfertigung. Geheime Kommandosache.

"1. Ich beabsichtige, wenn andere Mittel nicht zum Ziel fuehren, mit bewaffneten Truppen in Oesterreich einzudringen, um dort verfassungsmaessige Zustaende herzustellen und weitere Gewalttaten gegen deutsch-gesinnte Bevoelkerung zu vermeiden."

"4. Die fuer das Unternehmen bestimmten Kraefte des Heeres und der Luftwaffe muessen ab 12. Maerz 1938, spaetestens 12:00 Uhr einmarsch- bzw. einsatzbereit sein. Die Genehmigung zum Ueberschreiten und Ueberfliegen der Grenzen und die Festsetzung des Zeitpunktes hierfuer behalte ich mir vor."

" 5. Das Verhalten der Truppen muss dem Gesichtspunkt Rechnung tragen, dass wir keinen Krieg gegen ein Brudervolk fuehren wollen. Es liegt in unserem Interesse, dass das ganze Unternehmen ohne Anwendung von Gewalt, in Form eines von der Bevoelkerung freudig begruessten Einmarsches vor sich geht. Daher ist jedwede Provokation zu vermeiden. Sollte es aber zu Widerstaenden kommen, so sind sie mit

H0228 - 0025

groesster Ruecksichtslosigkeit durch Waffengewalt zu brechen."

Ich unterbreite auch als Beweismaterial das erbeutete Dokument C-103, USA Exhibit 75, Sonderinstruktion Nummer 1, Weisung, 11. Maerz 1938. Es stellt eine Ausfuehrungsanweisung des Angeklagten Jodl dar und sieht das Folgende vor:

> "Geheime Kommandosache; 40 Ausfertigungen, wovon dieses die sechste Ausfertigung. Besondere Anordnung Nummer 1 an den Obersten Befehlshaber der Wehrmacht No. 427/38, nebst einigen Zeichen (Symbols). Weisung fuer das Verhalten gegen tschechoslavakische und italienische Truppen oder Milizverbaende auf oesterreichischem Boden.
> "1) Werden tschechoslowakische Truppen oder Milizverbaende in Oesterreich angetroffen, so sind sie als Feind zu betrachten.
> "2) Die Italiener sind ueberall als Freunde zu behandeln, besonders da Mussolini selbst erklaert hat, dass er an der Loesung der oesterreichischen Frage nicht interessiert ist.
> Der Chef des Oberkommandos, auf Befehl Jodl".

Der naechste Punkt bespricht die tatsaechlichen Ereignisse am 11. Maerz 1938 in Oesterreich. Die Ereignisse des 11. Maerz sind fuer uns in zwei verschiedenen Berichten zur Verfuegung gestellt. Obwohl sie in einzelnen unbedeutenden Punkten von einander abweichen, z.B. die genauen Worte, wie sie verwendet, oder die genauen Zeiten zu denen sie verwendet, stellen sie doch alle zusammen eine wesentlich vollkommene Zusammenstellung dar. Wir glauben, dass es fuer dieses Gericht angemessen waere, einen verhaeltnismaessig vollen Bericht ueber die Weise zu haben, in der das Deutsche Reich am 11. Maerz 1938 Oesterreich seiner Unabhaengigkeit beraubte. Zuerst werde ich einen Bericht der Tagesereignisse geben in Oesterreich, wie sie durch die oesterreichischen Nazi dargestellt werden. Ich beziehe mich auf Urkunde 812-PS, USA Exhibit 61, ein Bericht des Gauleiters Rainer an den Reichskommissar Buerkel und ich werde lesen von Seite acht des englischen Textes; fuer die Zwecke des deutschen Dolmetschers-, beginne ich mit der folgenden Aufzaehlung: Erster Fall, zweiter Fall, dritter Fall, nach dem Satze: "An dieser Besprechung mit den Gaufuehrern nahm Dr. Seyss-Inquart teil."

> "Am Freitag, den 11. Maerz, war Minister Glaise-Horstenau, vom Fuehrer kommend, in Wien eingetroffen und hatte sich nach Besprechung mit Dr. Seyss-Inquart zum Bundeskanzler begeben. Mit der 'Landesleitung' war eine Besprechung fuer

H0228-0026

11.30 Uhr festgesetzt, an der neben Klausner, Rainer, Globocnik, Jury, Seyss-Inquart, Glaise-Horstenau, Fishboek, und Muehlmann teilnahmen. Dr. Seyss-Inquart berichtete ueber die Aussprache mit Schuschnigg, die mit einer Ablehnung der Vorschlaege der beiden Minister geendet hatte".

"Ueber Vorschlag Rainers wurde nunmehr von Klausner befohlen, dass der Regierung ein von den legalen politischen 'Frontmaennern', also den beiden Ministern sowie den Staatsraeten Fishboek und Jury, unterzeichnetes Ultimatum, das um 14:00 Uhr ablaeuft, ueberreicht werde, fuer die Abberaumung der Abstimmung und Ansetzung einer verfassungsmaessigen freien und geheimen Abstimmung, innerhalb von drei Wochen anhand der von Glaise-Horstenau mitgebrachten schriftlichen Unterlagen:

"Das heisst, anhand der von Glaise-Horstenau mitgebrachten schriftlichen Unterlagen wurde ein Aufruf der Nationalsozialisten der Bevoelkerung Oesterreichs zur Verbreitung in Millionen von Stuecken und ein Telegramm an den Fuehrer vorbereitet.

"Klausner legte die Fuehrung der letzten politischen Aktionen in die Haende von Rainer und Globocnic. Schuschnigg berief fuer 14:00 Uhr eine Sitzung fuer alle Minister. Rainer vereinbarte mit Seyss-Inquart, dass Rainer um 15:00 Uhr das Telegramm an den Fuehrer absenden wuerde und den Aufruf an die Bevoelkerung und dass er gleichzeitig alles noetige zur Machtuebernahme in Bewegung setzen wuerde, sollte er bis dahin keine Nachricht aus dem Ministerrat erhalten haben. Waehrend der Zeit waren alle Vorbereitungen getroffen. Um 14:00 Uhr telefonierte Seyss-Inquart Rainer, dass den Drohungen weichend, Schuschnigg die Abstimmung abgesagt habe, sich aber weigere eine neue Abstimmung einzuberufen und scharfe Polizeimassnahmen zur Aufrechterhaltung der Ruhe angeordnet habe. Auf Rainers Frage, ob die beiden Minister, demissioniert haben, ist Seyss-Inquarts Antwort: 'Nein'. Im Wege der Deutschen Botschaft setzte Rainer die 'Reichskanzlei' in Kenntnis und erhielt von Goering auf gleichem Wege die Antwort, dass der Fuehrer diese halbe Loesung nicht anerkennen kann und auf Demission Schuschniggs besteht. Seyss-Inquart wurde hieruber durch Globocnik und Muehlmann in Kenntnis gesetzt. Besprechungen fanden statt zwischen Seyss-Inquart und Schuschnigg. Schuschnigg demissioniert. Anfrage Seyss-Inquarts bei Rainer, welche Massnahmen von der Partei gewuenscht werden. Rainers Antwort: 'Sofortige Regierung durch Seyss-Inquart, Legalisierung der Partei; Aufbietung von SS und SA als Hilfspolizei. Seyss-Inquart versprach Durchfuehrung der Mass-

H0228 – 0027

nahmen, jedoch bald darauf Mitteilung, dass Durchfuehrung am Widerstand von Praesident Miklas zu scheitern droht. In der Zwischenzeit kam von der deutschen Gesandtschaft Mitteilung, dass der Fuehrer die Bildung eines Kabinetts unter Seyss-Inquarts mit einer nationalen Mehrheit erwartet, Legalisierung der Partei und die Erlaubnis der Rueckkehr der Legion (das ist die oesterreichische Legion in Deutschland, alles innerhalb der festgesetzten Frist um 20:00 Uhr, dass andererseits deutsche Truppen die Grenze ueberschreiten. Zur Durchfuehrung dieses Auftrages begaben sich Rainer und Globocnik in Begleitung von Muehlmann um 17:00 Uhr in die Bundeskanzlei.

"Lage: Miklas verhandelt mit Ender wegen Bildung eines von Schwarzen, Roten und Nationalsozialisten getragenen Kabinetts und bietet Seyss-Inquart den Posten des Vizekanzlers an. Seyss-Inquart lehnt ab und erklaert Rainer gegenueber, dass er nicht alleine handeln kann, weil er persoenlich in Frage kommt und so eine schwache und politisch unangenehme Situation die Folge sein koennte. Rainer verhandelt mit Zernette, Kabinetts Direktor Hube, Guede Schmidt, Glaise-Horstenau, Legationsrat Stein, Militaerattache General Muffe und dem inzwischen eingetroffenen Gruppenfuehrer "Keppler", dessen Name, wie schon gesagt, oft noch erscheinen wird. Um 19:00 Uhr abends trat Seyss-Inquart wieder in die Verhandlung.
"Lage: Um 19:30 Uhr abends, beharrliche Weigerung Miklas, Seyss-Inquart als Kanzler zu bestellen. Appell an die Welt, im Falle eines deutschen Einschreitens.

"Gruppenfuehrer Keppler erklaert, dass dem Fuehrer noch der unmittelbare Anlass zum Einmarsch fehle, der erst geschaffen werden muesse, die Lage in Wien und im Lande ist hoechst gefaehrlich. Ausbruch von Strassenkaempfen unmittelbar zu befuerchten, da Rainer der ganzen Partei zur Demonstration um 3 Uhr Befehl gegeben hatte. Rainer schlaegt Sturm auf das Regierungsgebaeude vor und seine Besetzung, um Regierungsumgestaltung zu erzwingen. Keppler weist den Vorschlag zurueck; er wurde aber durch Rainer zur Ausfuehrung gebracht, nach Besprechung mit Globocnik. Nach 20:00 Uhr abends marschiert SA und SS ein und besetzt die Bundeskanzlei und alle wichtigen Positionen in Wien. Um 20:30 Uhr Rainer erlaesst Befehl an alle Gauleiter Oesterreichs - mit Klausner's Genehmigung-, alle "acht" Gaue Oesterreichs zu uebernehmen mit Hilfe von SS und SA. Instruktion ist gegeben, dass alle Regierungsbeamten, die Widerstand entgegensetzen, zu informieren sind, dass dieses auf Befehl von Kanzler Seyss-Inquart geschehe.

"Daraufhin bricht Revolution aus, gefolgt von vollstaendiger Besetzung Oesterreichs innerhalb von drei Stunden und alle wichtigen Posten werden von der Partei uebernommen.
"Die Machtuebernahme war das Werk der Partei, unterstuetzt durch des Fuehrers Drohung einzumarschieren in die legale Stellung von Seyss-Inquart in der Regierung. Das Resultat in Form der tatsaechlichen Machtuebernahme durch Seyss-Inquart war begruendet in der tatsaechlichen Machtergreifung durch die Partei auf der einen Seite und die politische Tuechtigkeit von Seyss-Inquart auf seinem Gebiet andererseits; beide Faktoren aber nur moeglich infolge des Ent-

H0228 - 0028

schlusses des Fuehrers vom 9. Maerz 1939, unter allen Umstaenden die Loesung des oesterreichischen Problems durchzusetzen und der demzufolge gegebenen Befehle des Fuehrers."

Ich habe hier ein zweites Dokument in meinen Haenden, das es und praktisch moeglich macht, nochmals diese Ergebnisse vom 11. Maerz 1938 zu durchleben und diese interessante Phase nochmals durchzugehen. Dank der Tuechtigkeit des Angekl. Goering und seiner Luftwaffe Organisation haben wir ein hoechst interessantes Dokument, offensichtlich ein offizielles Dokument des Luftwaffen-Hauptquartiers darstellt, das wie gewoehnlich "geheime Reichssache" bezeichnet ist. Der Briefkopf ist der vom "Reichsluftfahrtsministerium Forschungsamt". Wenn ich die Bedeutung des "Forschungsamt" verstehe, so heisst es Abteilung fuer Forschung des Luftfahrtsministeriums, Goerings Ministerium. Die Urkunde befindet sich in charakteristisch deutscher Weise in einem Deckel, mit Aufschrift auf dem Ruecken " zu a; 3 R - "Gespraeche ueber den Fall Oesterreich". Der Papierumschlag hat eine Handschrift in Kurrentschrift, welche ich den Dolmetscher auffordern werde, vorzulesen. Aber, es scheint mir, es ist "Geheimarchiv Berlin", Gespraeche ueber den Fall Oesterreich.

Ich unterbreite diese Urkundensammlung im Originalband, wie sie im Luftfahrt-Ministerium gefunden wurde; identifiziert als Urkunde 2949-PS, USA Exhibit 76.

Wenn ich sie unterbreite, entsinne ich mich an Jobs Jammerschrei: "Oh, dass mein Feind ein Buch schreiben moege".

Der Begleitbrief in der Akte, der von einigen Mitgliedern der Forschungsorganisation im Luftfahrtsministerium unterzeichnet und an den Angeklagten Goering gerichtet ist, erklaert im wesentlichen (ich lese die englische Uebersetzung):

"An den Herrn Generalfeldmarschall. Feldmarschall, lege ich anbei auftragsgemaess die Abschriften der von Herrn General Feldmarschall gefuehrten Gespraeche vor".

(Augenscheinlich wollte der Angeklagte Notizen ueber wichtige Telefongespraeche, die er fuehrte, haben, besonders mit wichtigen Personen, bezueglich "Fall Oesterreich" und die Uebertragungen wurden vom Forschungsamt ihm vorgelegt. Die meisten der Unterhaltungen, die uebertragen wurden und in diesem Bande enthalten sind, wurden vom Angeklagten Goering gefuehrt, obwohl wenigstens eine interessante Unterhaltung durch Hitler stattfand.

Zum Zwecke der Erleichterung, hat unser Stab diese Telefongespraeche mit Bleistift gekennzeichnet und mit Identifizierungsbuchstaben, angefangen mit "A" und bis "Z" gehend, und dann bis "AA" versehen. Elf dieser Unterhaltungen sind durch ein Sortierungsverfahren als fuer diese Beweisfuehrung zu dieser Zeit wichtig erachtet. Alle Unterhaltungen, die uebersetzt wurden, sind im Mimeographprozess vervielfaeltigt worden und zu den Dokumentbuechern gefuegt, die den Verteidigern ueberreicht sind. Der Originalband enthaelt natuerlich den Originalsatz der Gespraeche. Ein sehr ausgedehnter und interessanter Bericht der Ereignisse, die uns hier beschaeftigen, kann aus diesen uebersetzten Unterhaltungen aus Zitierungen entwickelt werden. Ich wende mich nun den Exemplaren der Telefongespraeche zu der ersten Gruppe A, die sich zwischen Feldmarschall Goering, der mit "F" bezeichnet ist, zugetragen haben. Die Uebertragung, die vom Luftfahrt-Ministerium Forschungsamt vorbereitet wurde, besteht zum Teil aus der Sprache dieser beiden Personen und zum Teil einer Zusammenfassung der tatsaechlichen Unterhaltungen. Ich zitiere vom Band "A" des Bandes und wegen des ergaenzenden Charakters dieser Uebertragung und ihres offensichtlich authentischen Charakters schlage ich vor, diese Unterhaltung vollkommen wiederzugeben.

(Hiernach werde ich Goering "F" nennen und Seyss-Inquart "S")

Aktennotiz ueber die entscheidenden Telefongespraeche des Feldmarschalls

(F.) mit Minister Seyss-Inquart (S.)

H0228 - 0029

29 Nov.-M-SF-3.

14.15 Uhr Anruf des F.

F. "Guten Tag Herr Doktor. Ist mein Schwager bei Ihnen?"

S. "Nein."

Daraufhin nahm das Gespraech ungefaehr folgenden Verlauf:

F. "Wie steht es bei Ihnen? Sind Sie zurueckgetreten oder haben Sie etwas Neues zu melden?"

S. "Der Kanzler hat die Wahlen fuer Sonntag aufgehoben, deswegen S. und die anderen Herren in eine schwierige Lage versetzt. Neben der Aufhebung der Wahl werden auch umfangreiche Sicherheitsmassnahmen angeordnet, u.a. Ausgehverbot nach 8 Uhr abends."

F. sagte daraufhin, dass nach seiner Auffassung die Massnahmen des Kanzlers Schuschniggs in keiner Form genuegen wuerden. Er koennte zwar offiziell dazu in diesem Augenblick keine Stellung nehmen, da er dazu allein nicht berechtigt waere. F. Wird in kuerzester Zeit Bescheid sagen. Er sehe in der Aufhebung der Wahl nur eine Verschiebung aber keine Aenderung des gegenwaertigen Zustandes, der durch das Verhalten des Kanzlers Schuschnigg durch den Bruch des Berchtesgadener Abkommens herbeigefuehrt ist.

Daraufhin fand ein Gespraech zwischen F. und dem Fuehrer statt.

Anschliessend rief F. den S. wieder an. Das Gespraech wurde um 15.05 Uhr gefuehrt.

F. teilte es mit, dass Berlin sich mit der Entscheidung des Kanzlers Schuschnigg in keiner Weise einverstanden erklaeren koennte, da der Betreffende durch den Bruch des Berchtesgadener Abkommens nicht mehr das Vertrauen der hiesigen Stellen geniesse und deswegen auch kein Vertrauen zu seinen zukuenftigen Handlungen mehr bestehe. Es wurde von hier aus verlangt, dass die nationalen Minister S. usw. von sich aus sofort dem Kanzler ihre Demission einreichen und vom Kanzler verlangen muessten, dass er ebenfalls zurueecktrete."

"Goering teilte auch mit, dass, wenn nicht in einer Stunde der Bescheid eingegangen waere, man annehme, dass Seyss-Inquart nicht in der Lage waere, zu telefonieren, Das wuerde bedeuten, dass die Herren ihre Demission eingereicht hatten. Seyss-Inquart wurde aufgefordert, dann

H0228 - 0030

das vorbereitete Telegramm an den Fuehrer abzusenden. Selbstverstaendlich wuerde mit der Demission Schuschniggs auch eine unverzuegliche Beauftragung an Seyss-Inquart mit der Bildung eines neuen Kabinetts erfolgen."

Sie sehen, dass um 2:45 Uhr Goering Seyss-Inquart telefonisch mitteilte, dass es nicht genug sei, wenn Schuschnigg die Wahl abberufe, und 20 Minuten spaeter telefonierte er Seyss-Inquart um mitzuteilen, dass Schuschnigg seine Demission einreichen muss. Das ist Ihr zweites Ultimatum. Als er, ungefaehr eine Stunde spaeter, von Schuschniggs Demission informiert wurde, wies er daraufhin, dass es notwendig sei, Seyss-Inquart an die Spitze des Kabinetts zu setzen.

Mr. Aldermann: Soll ich eine andere aufnehmen?

Vors. Richter: Wir vertagen uns jetzt bis 2:00 Uhr.

H0228 - 0031

Meine Herren Richter:

Eine Stunde spaeter nach der Unterhaltung zwischen Goering und Seyss-Inquart, worueber ich heute frueh gesprochen habe, telephonierte der Angeklagte Goering Dombrovsky an, und zwar in der deutschen Botschaft in Berlin. Ich beziehe mich auf die telefonische Unterhaltung RP auf Seite 2 des Teiles C des Dokumentes 2949-PS. In dieser Unterhaltung zeigte Goering zuerst etwas Sorge, dass die Nazi-Partei und ihre Gliederungen unbedingt legalisiert werden muessten, und zwar sofort. Ich zitiere von Seite 2 der Niederschrift:

Goering: "Die Partei muss absolut legalisiert werden."

Dombrovsky: "Das heisst, es ist nicht notwendig, dass wir ueberhaupt darueber sprechen."

Goering: "Mit allen ihren Gliederungen."

Vors.: "Der Herr Gerichtsdiener hat die Fenster hinter dem Gerichtshof zu schliessen." -

Goering: "Mit allen ihren Gliederungen."

Dombrovsky: "Mit allen Gliederungen innerhalb unseres Landes, in Uniform."

Goering: "Gut." --

Alderman: "Dombrovsky weist auf die Tatsache hin, dass die SA und die SS bereits eine halbe Stunde im Dienst seien, das heisst, alles waere in Ordnung. Ausserdem erklaerte Goering, das Kabinett, das oesterreichische Kabinett muesste bis 1/2 8 Uhr gebildet sein und er habe Instruktionen, die Seyss-Inquart zu ueberbringen waren, und zwar wer in das Kabinett aufgenommen werden sollte. Ich zitiere von Seite 3 des englischen Textes der Niederschrift.

Goering: "Ja, und dann soll er um 7,30 Uhr auch mit dem Fuehrer sprechen. Ich habe dann noch vergessen, Fischbock muss also Handel und Wirtschaft bekommen."

Dombrovsky: "Selbstverstaendlich, das ist doch ganz klar."

Goering: "Kaltenbrunner soll das Sicherheitswesen bekommen und Beer soll die Wehrmacht bekommen. Das Bundesheer soll Seyss-Inquart zunaechst selbst nehmen. Dann, Justiz ist klar. Wissen Sie wen ?"

H0228 - 0032

Dombrovsky: "Ja, ja.

Goering: "Nennen Sie den Namen."

Dombrovsky: "Ja, Ihr Schwager, nicht ?"

Alderman: "Das ist Hubert, der Schwager des Angeklagten Goering."

Goering: "Ja, ja."

Dombrovsky: "Ja."

Goering: "Ja, und dann Fischbock auch, nicht wahr ?"

Alderman: "Ungefaehr 20 Minuten spaeter, um 5,26 Uhr nachmittag, hoerte Goering die Nachricht, dass Miklas, der Praesident, sich weigerte, Seyss-Inquart als Kanzler zu ernennen, und er gab Befehle aus, soweit das Ultimatum in Frage kam, das Miklas unterbreitet werden sollte. Ich zitiere von der telefonischen Unterhaltung zwischen Goering und Seyss-Inquart in Teil E der Niederschrift, der Teil RR, und weiter 1 und 2 des Teiles E.

Goering: "Also bitte folgendes: Sie moechten sich sofort zusammen mit dem Generalleutnant Muff zum Bundespraesidenten begeben und ihm sagen, wenn nicht unverzueglich die Forderungen angenommen werden, dann folgt heute Nachmittag der Einmarsch der bereits an der Grenze aufmarschierten und anrollenden Truppen auf der ganzen Linie und die Existenz Oesterreichs ist vorbei. Der Generalleutnant Muff moechte sich mit Ihnen hinbegeben und verlangen, sofort vorgelassen zu werden, um das auszurichten. Bitte geben Sie uns unverzueglich Nachricht, auf welchem Standpunkt Miklas bleibt. Sagen Sie ihm, es gibt keinen Spass jetzt. Aber jetzt ist die Sache, dass heute Nacht der Einmarsch an allen Stellen Oesterreichs beginnt. Der Einmarsch wird nur dann aufgehalten und die Truppen bleiben an der Grenze stehen, wenn wir bis 7,30 Uhr die Meldung haben, dass der Miklas Ihnen die Kanzlerschaft uebertragen hat."

Alderman: "Es folgt dann ein kurzer, gestoerter Satz -

Goering: "...M" -- Alderman: "Das heisst wohl: Generalleutnant Muff"

Goering: "... Gleichgueltig, welcher das auch sei, auf sofortige Wiederherstellung der Partei mit allen ihren Organisationen ... "

H0228 - 0033

Alderman: "Wieder eine Stoerung."

Goering: " ... und lassen Sie dann im ganzen Lande jetzt die Nationalsozialisten hochgehen. Sie duerfen ueberall jetzt auf die Strasse gehen. Also, bis 7,30 Uhr Meldung." Der Generalleutnant Muff soll mit hingehen. Ich werde sofort Muff dieselbe Weisung geben. Wenn der Miklas das nicht in 4 Stunden kapiert, muss er jetzt eben in 4 Minuten kapieren."

Alderman: "Eine Stunde spaeter, um 6,28 Uhr Nachmittag hatte Goering ein oft unterbrochenes Telefongespraech mit Keppler und Muff und Seyss-Inquart. Als der Keppler sagte, dass Miklas sich geweigert haette, Seyss-Inquart zu ernennen, sagte Goering ... Ich lese von Teil H, ungefaehr ein Drittel auf der Seite."

Goering: "Dann soll ihn der Seyss-Inquart absetzen. Gehen Sie noch einmal 'rauf und sagen Sie ihm ganz glatt, der Seyss-Inquart sollte die nationalsozialistische Wache aufrufen, und die Truppen bekommen jetzt in 5 Minuten von mir den Befehl zum Einmarsch."

Alderman: "Nach einer Unterbrechung kam Seyss-Inquart an das Telefon und erklaerte dem Angeklagten Goering, dass Miklas noch immer auf seinem alten Stand beharrte, obwohl jemand anders hineingegangen sei, um mit ihm zu sprechen und es waere moeglich, dass man in 10 Minuten etwas Bestimmtes hoeren wuerde. Die Unterhaltung ging dann folgendermassen weiter. Ich zitiere Seite 2 des Teiles H in der Mitte der Seite:

Goering: "Passen Sie auf. Dann will ich diese paar Minuten noch warten, bis er herauskommt. Dann teilen Sie mir bitte mit Blitzgespraech mit, unter der Reichskanzlei wie bisher. Aber es muss wirklich schnell gehen. Ich kann es kaum verantworten, darf eigentlich gar nicht. Wenn das nichts ist, dann muessen Sie eben die Gewalt uebernehmen, nicht wahr ?"

Seyss-Inquart: "Ja, wenn er droht."

Goering: "Ja."

Seyss-Inquart: "Ja, ja, dann werden wir schon antreten, nicht ?

Goering: "Rufen Sie mich unter Blitzgespraech an."

H0228 - 0034

Alderman: "In anderen Worten, Goering und Seyss-Inquart hatten sich auf einen Plan geeinigt, wie Seyss-Inquart die Macht uebernehmen sollte, falls Miklas hartnaeckig bleiben sollte. Der Plan, der bereits diskutiert worden war, brachte die Anwendung der Nationalsozialistischen Streitkraefte in Oesterreich mit sich und den Einmarsch der deutschen Truppen ueber die Grenze. Spaeter, an demselben Abend, unterhielten sich Goering und Seyss-Inquart noch einmal, um ungefaehr 11 Uhr. Das war nachdem das Ultimatum abgelaufen war. Seyss-Inquart liess Goering wissen, dass Miklas sich immer noch weigere, Seyss-Inquart zum Kanzler zu machen:"

Goering: "No schoen, ich gebe den Befehl zum Einmarsch und dann sehen Sie zu, dass Sie sich in den Besitz der Macht setzen. Machen Sie die fuehrenden Leute auf folgendes aufmerksam: Was ich jetzt sage. Jeder, der Widerstand leistet oder Widerstand organisiert, verfaellt augenblicklich damit unseren Standgerichten, den Standgerichten der einmarschierenden Truppen. Ist das klar ?"

Seyss-Inquart: "Ja."

HO228 - 0035

Goering: "Einschliesslich fuehrender Persoenlichkeiten, ganz gleichgueltig."

Seyss Inquart: "Ja, die haben ja Befehl gegeben, keinen Widerstand zu leisten."

Goering: "Ja, ganz egal. Auch der Bundespraesident hat sie nicht beauftragt und das ist auch Widerstand."

Seyss-Inquart: No ja."

Goering: "Gut, also Sie haben dafuer den offiziellen Auftrag."

Seyss-Inquart: "Ja."

Goering: "Also alles Gute, Heil Hitler!"

Alderman: "Ich hoere, dass ich sagte, dass die Unterhaltung um 11 Uhr stattfand. Es war um 8 Uhr, ich wollte 8 Uhr sagen. Es ist mir sehr interessant, als ein Praezedenzfall, dass, als der Angeklagte Goering vorhatte, einen friedlichen Nachbarstaat zu ueberfallen , dass er vorhatte, Leute als Kriegsverbrecher anzuklagen und zwar fuehrende Persoenlichkeiten und vor deutschen Standgerichten.

Das ist ungefaehr alles mit Bezug auf die Unterhaltungen ueber den Aktionsplan zur Machtuebernahme. Weiter wurde ueber dieses Thema nicht mehr viel Wichtiges wohl gesagt, wenigstens soweit diese Niederschriften erkennen lassen. Aber es gab noch ein hysterisches Ereignis, das ueber das Telefon besprochen wurde. Ich beziehe mich auf das beruehmte Telegramm, welches Seyss-Inquart an die deutsche Regierung schickte, worin er verlangte, dass die deutsche Regierung Truppen nach Oesterreich hineinsende, um Seyss-Inquart bei der Unterdrueckung von Unruhen zu helfen. Die Unterhaltung fand um 8,48 Uhr an demselben Abend zwischen Goering und Keppler statt und hatte folgenden Inhalt, Seite 1 des Teiles L:

Goering: "Ja, das weiss ich noch nicht. Nun passen Sie auf, die Hauptsache ist, dass sich jetzt Inquart der ganzen Regierung bemaechtigt, nun auch alles besetzt haelt."

Keppler: "Wir haben ja jetzt die Regierung."

Goering: "Ja eben. Ihr seid auch die Regierung. Nun passen Sie auf: Folgendes Telegramm sollte Seyss-Inquart hersenden. Schreiben Sie es auf."

Alderman: "Ich zitiere:"

H0228 - 0036

Goering: "...Die provisorische oesterreichische Regierung, die nach der Demission der Regierung Schuschnigg ihre Aufgabe darin sieht, die Ruhe und Ordnung in Oesterreich wieder herzustellen, richtet an die deutsche Regierung die dringende Bitte, sie in ihrer Aufgabe zu unterstuetzen und ihr zu helfen, Blutvergiessen zu verhindern. Zu diesem Zwecke bittet sie die deutsche Regierung um baldmoegliche Entsendung deutscher Truppen."

Keppler: "Also, es marschieren SA und SS durch die Strassen, es ist aber sehr ruhig..."

Alderman: "Da ist ein Druckfehler... Hier sind alle diese Machenschaften klar zu erkennen. Alle diese Unterhaltungen ueber das Hineinsenden von deutschen Truppen, um Krawalle zu verhindern, die SA und SS marschieren durch die Strassen, und es herrschte die groesste Ruhe -- und einige Minuten spaeter ging die Unterhaltung wie folgt weiter:

Goering: "Also unsere Truppen ueberschreiten heute die Grenze."

Keppler: "Ja."

Goering: "Gut, und das Telegramm moechte er moeglichst bald schicken."

Keppler: "Werde das Telegramm zu ihm ins Bundeskanzlerpalais schicken."

Goering: "Also bitte, legen Sie ihm das Telegramm vor und sagen Sie ihm, wir bitten -- er brauche das Telegramm ja garnicht zu schicken, er brauche nur zu sagen: Einverstanden."

Keppler: "Jawohl."

Goering: "Rufen Sie mich bitte zu diesem Zweck an, entweder beim Fuehrer oder bei mir. Also machen Sie es gut. Heil Hitler!"

Alderman: "Natuerlich, das Telegramm brauchte garnicht geschickt zu werden, denn Goering hat das Telegramm selbst geschrieben, er hatte es ja schon. Man muss sich daran erinnern, dass in der ersten Unterhaltung, in Teil A, die um 3.05 Uhr nachmittags stattfand, Goering Seyss-Inquart ersucht hatte, das vereinbarte Telegramm zu schicken, aber jetzt war die Sache so dringend geworden, dass Goering den genauen Text des Telegrammes ueber das Telefon diktierte, und eine Stunde spaeter, um 9.54 Uhr, in einer Unterhaltung zwischen Dr. Dietrich in Berlin und Keppler in Wien wurde das folgende gesagt:... Ich lese von Teil M:

Dietrich: "Ich brauche dringend das Telegramm."

H0228 - 0037

Koppler: "Sagen Sie dem Generalfeldmarschall, dass Seyss-Inquart einverstanden waere."

Dietrich: "Das ist hervorragend. Ich danke Ihnen."

Koppler: "Achten Sie auf den Rundfunk, es werden Meldungen durchkommen."

Dietrich: "Von wo?"

Koppler: "Von hier, von Wien aus."

Dietrich: "Also Seyss-Inquart ist einverstanden?"

Koppler: "Jawohl."

Alderman: "Und jetzt der aktuelle Befehl zum Einmarsch in Oesterreich. Der Nachrichtenverkehr mit Oesterreich wurde jetzt unterbrochen, aber die deutsche Militaermaschine war in Gang gesetzt worden. Um dies zu beweisen, unterbreite ich als Beweismittel ein beschlagnahmtes Dokument, C-182, und zwar US Exhibit 77. Es ist eine Weisung vom 11.Maerz 1938, um 20.45 Uhr, vom Obersten Befehlshaber der Wehrmacht. Diese Weisung, mit den Initialen des Generals Jodl und von Hitler unterschrieben, verfuegt den Einmarsch in Oesterreich angesichts der Tatsache, dass Oesterreich demdeutschen Ultimatum keine Folge geleistet hatte. Es ist C-182.

Die Weisung hat folgenden Inhalt: "Geheime Kommandosache, Berlin, 11. Maerz 1938, 20.45 Uhr. Oberbefehlshaber der Wehrmacht, OKW-- und andere Zeichen-- 35 Ausfertigungen, 6.Ausfertigung, C und C. Die Marine ist informiert worden.

Betrifft: Unternehmen OTTO.

Weisung Nr. 2

1. Die Forderungen des deutschen Ultimatums an die oesterreichische Regierung sind nicht erfuellt worden.

2. Die oesterreichische Wehrmacht hat Befehl, sich vor dem Einmarsch deutscher Truppen zurueckzuziehen und dem Kampf auszuweichen. Die oesterreichische Regierung hat sich ihres Amtes suspendiert.

3. Zur Vermeidung weiteren Blutvergiessens in oesterreichischen Staedten wird der Vormarsch der deutschen Wehrmacht nach Oesterreich am 12.3. bei Tagesanbruch nach Weisung Nr. 1 angetreten. Ich erwarte, dass

H0228 - 0038

die gesteckten Ziele unter Aufbietung aller Kraefte so rasch als moeglich erreicht werden.

Unterzeichnet: Adolf Hitler-- Initialen von Jodl-- und einem Namen der aussicht, wie: Warlimont.

H0228 – 0039

29 Nov-A- DC 1.

MR. ALDRICH: (fortfahrend)

Sodann einige interessante Gespraeche mit Rom, um die Moeglichkeit eines Ungluckes von dieser Seite zu vermeiden. In dem Augenblick, in dem Hitler und Goering mit diesem militaerischen Unternehmen angefangen hatten, hatten sie ein Fragezeichen an ihrem Kopf, das war Italien.

Italien hatte im Jahre 1934, am 25. Juli 1934 anlaesslich des Putsches, Truppen an der italienischen Grenze angesammelt. Italien war traditionsgemaess der politische Beschuetzer Oesterreichs.

Mit einem Seufzer der Erleichterung, benachrichtigte Hitler um 10.25 Uhr jener Nacht Prinz Philipp von Hessen, seinen Botschafter in Rom, dass er soeben vom Palazzo-Venizia zurueckgekehrt sei, wo Mussolini die ganze Angelegenheit in einer sehr freundlichen Weise aufgenommen haette.

Die Lage kann wirklich erfasst werden, wenn man das Gespraech liesst. Die Aufzeichnung des Gespraechs zeigt die Aufregung mit der Hitler ueber das Telefon sprach.

Es ist ein kurzes Gespraech und ich will die erste Haelfte vom Teil "I" der Urkunde 2049 - PS vorlesen. Es kann sein, dass Teil "I" auf der vervielfaeltigten Copie etwas vermischt hat.

"I" ist Hessen und "F" ist der Fuehrer.

"I": Ich kommen eben zurueck [illegible] aus Palazzo-Venezia. Der Duce hat die ganze Sache sehr freundlich aufgenommen. Er laesst Sie sehr herzlich gruessen. Man hatte ihm die Sache von Oesterreich aus mitgeteilt, am Montag hatte Schuschnigg es mitgeteilt. Da hatte er gesagt, das waere eine vollkommene Unmoeglichkeit, ein Bluff, man koennte so etwas nicht machen. Darauf hatte er ihm geantwortet, das waere leider schon so festgesetzt und man koenne davon nicht abgehen. Dann hatte Mussolini gesagt, damit waere Oesterreich eine abgetane Angelegenheit fuer ihn.

"F": Dann sage Mussolini bitte, ich werde ihm das nie vergessen.

"I": "Jawohl".

H0228-0040

F: Nie, nie, nie, es kann sein, was sein will. Ich bin jetzt noch bereit, mit ihm in eine ganz andere Abmachung zu gehen.

H: "Jawohl, das habe ich ihm auch gesagt.

F: "Wenn die oesterreichische Sache jetzt aus dem Weg geraeumt ist, bin ich bereit, mit ihm durch Dick und Duenn zu gehen, das ist mir alles gleichgueltig."

H: "Jawohl, mein Fuehrer."

F: "Passen Sie mal auf - ich mache jetzt auch jedes Abkommen - ich fuehle nicht jetzt auch nicht mehr in der fuerchterlichen Lage, die wir doch eben militaerisch hatten, fuer den Fall, dass ich in den Konflikt gekommen waere. Sie koennen ihm da nur mal sagen, ich lasse ihm wirklich herzlich danken, ich werde ihm das nie, nie, vergessen. Ich werde ihm das nie vergessen."

H: "Jawohl, mein Fuehrer."

F: "Ich werde ihm das nie vergessen, es kann sein, was sein will, wenn er jemals in irgend einer Not, oder irgend einer Gefahr sein sollte, dann kann er ueberzeugt sein, dass ich auf Biegen vor ihm stehe, da kann sein, was da will, wenn sich auch die Welt gegen ihn erheben wuerde."

H: "Jawohl, mein Fuehrer."

Der Gerichtshof wird sich an den Brief, den Hitler an Mussolini gesandt hatte und wie er im Notizbuch jedenfalls erwaehnt wurde, erinnern. Er ist datiert vom 11. Maerz, er kann in der amtlichen Verordnung: "Dokument der deutschen Politik", Band 6, 1, Seite 135, Nummer 24 a, gefunden werden. Ich bitte das Gericht, von ihm gerechtlich Kenntnis zu nehmen. Sie finden eine Uebersetzung in unserem Dokument 2510-PS.

Diesen Brief, nachdem er gesagt hatte, dass Oesterreich in eine Anarchie verfallen war, schrieb Hitler - und ich zitiere:

"Ich habe beschlossen, in meinem Vaterlande wieder Ordnung herbeizufuehren, Ordnung und Ruhe, um dem Volksempfinden die

H0228-0041

Moeglichkeit zu geben, in unmissverstaendlicherweise und durch eigenen freien Willen,sein eigenes Schicksal zu bestehen. Er sagte, dass dies eine Tat der Selbstverteidung waere, dass er keine feindseligen Absichten gegenueber Italien hatte.Nachdem Hindenburgh, als Hitler sich in Linz, Oesterreich,befand, teilte er seine Dankbarkeit gegenueber Mussolini, in dem wiederum beruehmten Telegramm, mit, an welches sich die Welt wohl so gut erinnert.

Ich beziehe mich wieder auf die Dokumente der deutschen Politik, Band 6, Seite 145, Nummer 29.

Uebersetzung dieses Telegrammes befindet sich im Dokument 2416?-PS und das Dokument selbst lautet wie folgt: "Mussolini, ich werde Ihnen das nie vergessen".

Gehen wir nun von Wien nach Berlin ueber.

Wir sind bereits dahin uebergegangen: ich meine von Wien nach Berlin.

Es ist vielleicht besser, wenn wir nach Wien zurueckgehenm nur um uns zu erinnern, dass am spaeten Abend des 11. Mai Praesident Miklas den Angeklagten Seyss-Inquart zum Kanzler ernannte. Die Berufung von Seyss-Inquart wurde um 11.15 Uhr abends ueber den Rundfunk verbreitet. Dies ist dem "Dokument der deutschen Politik", Band 6, 1, Seite 137, Nummer 25 a, entnommen.

Eine Uebersetzung dieser Bekanntmachung befindet sich in unserem Dokument 2465 -.PS.

Es musste sodann in London etwas getan werden, um die Dinge wieder etwas zu beruhigen.

Ein weiterer Akt, der sich auf der internationalen Buehne abgespielt hatte, ist in der Niederschrift der Telefon-Gespraeche des Luftfahrtministeriums enthalten.

Am Sonntag, den 13. Maerz 1938 telefonierte der Angeklagte Goering, der in Berlin verblieb, um die Regierungsgeschaefte zu besorgen, mit dem Angeklagten Ribbentrop in London. Hitler war in sein Vaterland gegangen.

H0228 – 0042

29 Nov-A- M. 4.

Dieses Gespraech finde ich sehr bezeichnend, was die Art und Weise betrifft, mit welcher diese Angeklagten handelten. Sie bedienen sich, um ein in Amerika gebraeuchliches Wort zu benutzen, eines "double talk" (Doppelzuengigkeit), um andere Voelker zu beruhigen und irre zu fuehren.

Ich zitiere nun vom ersten Teil des Abschnittes "A" des Dokuments 2949 - PS.

Goering (spricht zu Ribbentrop in London):

"Also sie wissen ja, dass der Fuehrer/mich/mit der Fuehrung der Regierungs-Geschaefte beauftragt hat. Deshalb wollte ich sie orientieren. Es ist ein unbeschreiblicher Jubel in Oesterreich, das koennen sie ja durch das Radio hoeren."

Ribbentrop: "Ja, es ist fantastisch, was?"

Goering: "Ja, der letzte Einmarsch ins Rheinland verschwindet voellig dagegen, was an Jubel der Bevoelkerung. Der Fuehrer war unendlich erschuettert, als er mich gestern Abend sprach. Denn sie muessen bedenken, nun sah er zum ersten Male seine Heimat wieder. Nun wollte ich in der Hauptsache die politischen Sachen sagen.

Also, diese Erzaehlung, dass, wir haetten ein Ultimatum gestellt, das ist natuerlich Quatsch. Das Ultimatum haben von Anfang an die nationalsozialistischen Minister und die Volksreferenten gestellt. Nachher beteiligten sich immer mehr kominente Leute der Bewegung usw. und das einzige, was selbstverstaendlich ist, dass die oesterreichischen nationalsozialistischen Minister uns gebeten haben, ihnen Rueckendeckung zu geben, damit sie nicht wieder voellig zusammengeknueppelt werden und mit Terror- und Buergerkrieg zusammengeschossen werden. Da haben wir ihnen gesagt, wir dulden unter keinen

H0228 - 0043

Umstaenden, dass der Schuschnigg einen Buergerkrieg fuehrt. Ob nun direkt auf Befehl von Schuschnigg oder mit Wissen von Schuschnigg die Kommunisten und die Roten bewaffnet worden waren, und bereits Umzuege abhielten, die ja fotografiert sind, mit "Heil Moskau" usw. das hat natuerlich in Wiener-Neustadt erhebliche Gefahrenmomente gegeben. Dann muessen Sie ja bedenken, dass Schuschnigg maechtige Reden gehalten hat, die

H0228 - 0044

vaterlaendische Front wuerde kaempfen, bis zum letzten, das konnte man ja nicht wissen, dass sie so kapitulierten und infolge dessen hat der Seyss-Inquart, da war er bereits an der Regierung, uns gebeten, nunmehr unverzueglich einzumarschieren. Wir waren vorher an der Grenze aufmarschiert, obwohl wir ja nicht wissen konnten, gibt es Buergerkrieg oder gibt es keinen. Es sind die Tatsachenverhaeltnisse, die alle durch die Dokumente belegt werden koennen."

Dann gab der Angeklagte Goering dem Angeklagten Ribbentrop die geeignete Stellung, die er in London einnehmen sollte, um zu erklaeren, was sich in Oesterreich ereignet hatte. Natuerlich, wenn der Angeklagte Goering sagt, dass seine Darstellung ueber diese Angelegenheit durch Druck bewiesen werden koenne, so glaube ich nicht, dass er damit meinte, dass seine eigenen Telefon-Gespraeche, Dokumente darstellen wuerden.

Ein weiterer ziemlich interessanter Abschnitt beginnt auf Seite 3 des englischen Textes des gleichen Teiles "W".

Immer noch spricht Goering zu Ribbentrop in London. Es ist ziemlich am Ende der Seite.

Goering: "Nee, nee, das halte ich auch fuer richtig. Ich wusste nur nicht, ob sie schon mit den Leuten gesprochen haben."

Goering: "Ich wollte, dass sie nochmal, nein nicht nochmal, sondern ueberhaupt dem Halifax und Chamberlain folgendes sagen:

Es ist nicht richtig, dass Deutschland irgend ein Ultimatum gestellt hat. Das ist eine Luege von Schuschnigg, denn das Ultimatum ist ihm von Seyss-Inquart, Glaise-Horstenau und Jury gestellt worden. Es ist ferner nicht richtig, dass dem Bundes-Praesidenten ein Ultimatum gestellt worden ist von uns, sondern auch nur von den anderen und lediglich ist da, glaube ich, ein Militaer-Attache mitgegangen; gebeten von Seyss-Inquart, wegen einer technischen Frage - der sollte also anfragen, ob, wenn Seyss-Inquart bitten wuerde, zur Unterstuetzung deutsche Truppen einmarschieren zu lassen, Deutschland ja sagen wuerde, aber nicht den Leuten, sondern Seyss-Inquart. Weiter moechte ich feststellen, dass ausdruecklich Seyss-Inquart hier uns gebeten hat, muendlich und dann noch telegraphisch Truppen zu schicken, weil er nicht wusste, wie ist die Lage in Wiener-Neustadt, Wien usw., weil da Waffen ausgegeben waren. Und was er ja nicht wissen konnte, wie verhaelt sich die vaterlaendische Front,

HO228-0045

die ja immer das Maul so gross aufgemacht hat."

Ribbentrop: "Sagen Sie, Herr Goering, wie ist das eigentlich mit Wien, ist da alles klar jetzt?"

Goering: "Ja. Gestern waren von mir hunderte von Flugzeugen mit einigen Kompanien zur Sicherung des Flughafens gesendet und die sind mit Jubel empfangen worden. Heute zieht die Spitze der 17. Division ein, zusammen mit den oesterreichischen Truppen. Weiter moechte ich feststellen, die oesterreichischen Truppen haben sich nicht etwa zurueckgezogen, sondern haben sich ueberall, wo sie standen und in Garnison waren, mit den deutschen Truppen sofort verbruedert."

Dies sind ziemlich interessante Erklaerungen, dass das Ultimatum von Seyss-Inquart allein und nicht von Goering gestellt wurde, dass Generalleutnant Muff, der Militaerattache, nur mitkam, um eine technische Frage zu beantworten und dass schliesslich Seyss-Inquart ausdruecklich durch Telefon und Telegramm um Truppen gebeten hat. Um jedoch dieses Gespraech zu verstehen, muessen wir versuchen, die tatsaechliche Szene, Zeit und Art, als Goering ans Telefon ging, wieder herzustellen.

Ich zitiere 9 Zeilen auf Seite 11 des englischen Textes, ungefaehr in der Mitte vom Teil "W".

Goering: "Also, dann kommen Sie, Ich freue mich schon auf Ihr Kommen."

Ribbentrop:"Ich komme dann heute Nachmittag zu Ihnen ran."

Goering: "Das Wetter ist prachtvoll hier, Blauer Himmel. Ich sitze hier in Decken gehuellt auf meinem Balkon in der frischen Luft und trinke meinen Kaffee. Nachher muss ich reinfahren, die Rede halten und die Voegel zwitschern und durch das Radio hoert man ab und zu von drueben die Stimmung, die ungeheuer ist."

Ribbentrop:"Das ist wunderbar."

Meine Herren Richter:

Ich bin nun ans Ende meines Materials, das sich auf den Angriff richtete, gekommen.

Ich will nun, ganz kurz, die Wirkung des Anschlusses besprechen, einige der Entwicklungen, die stattgefunden, nachdem die deutschen Truppen ueber die Grenze marschiert waren. Was ich darueber zu sagen habe, ist eine Nachrede. Bevor ich jedoch diese Nachrede darlege, ist es am Platze, fuer einen Augen-

H0228 - 0046

blick zu ruhen.

Ich glaube, dass die Tatsachen, die ich dem Gerichtshof heute vorgelegt habe, klar und deutlich die Dinge ueber die Angeklagten, die in der Verschwoerung verwickelt waren, zeigen. Unter den Verschwoerern, die in der oesterreichischen Angelegenheit besonders Anteil nahmen, waren von Papen, Seyss-Inquart, Ribbentrop, von Neurath und Goering.

Ich glaube, dass es ganz klar ist, dass diese Maenner gefaehrliche Maenner waren. Sie nuetzten ihre Macht zweifellos aus. Sie benuetzten ihre Macht, sich um die Unabhaengigkeit und Freiheit anderer hinwegzusetzen. Sie waren mehr als Tyrannen im Quaelen kleinerer Herden, sie waren sehr schlaue Tyrannen. Sie vermischten ihre Macht mit Betrug. Sie verbanden Drohungen mit gesetzlichen Eigentuemlichkeiten und abwegigen Manoevern. Sie trugen eine scheinheilige Maske um ihre Doppelzuengigkeit zu verdecken. Ich glaube sie sind gefaehrliche Maenner. In Uebereinstimmung mit der Verfuegung vom 11. Maerz, unser Dokument C-182, US Exhibit 77, ueberschreitet das deutsche Heer die oesterreichische Grenze mit Tagesanbruch des 12. Maerz 1938.

Hitler veroeffentlichte eine Proklamation, an das deutsche Volk, die den Einmarsch veroeffentlichte und versuchte ihn gerechtzufertigen. Ich verweise wiederum auf "Dokumente der deutschen Politik", Band 6, Seite 140, Nummer 27, die Proklamation Hitlers.

Die englische und franzoesische Regierung protestierten. Die deutsche Regierung und die oesterreichischen Nationalsozialisten sicherten schnell ihren Halt auf Oesterreich. Seyss-Inquart hiess Hitler in Linz willkommen und beide gaben ihrem Gluecksgefuehl ueber die Ereignisse des Tages Ausdruck. In seiner Rede erklaerte Seyss-Inquart, dass der Artikel 88 des Vertrages von St. Germain ausser Kraft gesetzt sei.

Ich verweise auf die Rede von Seyss-Inquart in Linz vom 12. Maerz 1938, so wie sie in den Dokumenten der deutschen Politik, Band 6, 1, Seite 144, Nummer 28a, enthalten ist und von dem das Gericht, bitte, Rechtskenntnis nehmen wolle. Eine Uebersetzung kann in unserem Dokument 2485-PS gefunden werden.

Um zu zeigen, was sich in Wien ereignete, lege ich unser Dokument L-292, Telegramm 70 der amerikanischen Botschaft in Wien an den amerikanischen Staatssekretaer vom 12. Maerz 1938, L - 292 - als Beweisstueck US Exhibit 78, dem Gericht vor. Ich zitiere:

H0228 - 0047

"Staatssekretaer, Wien, 12. Maerz, Mittag, zahlreiche deutsche Bombenflugzeuge ueber Wien die folgende Flugblaetter abwerfen:

"Das nationalsozialistische Deutschland gruesst seinen Besitz, dass natuerlich Oesterreich und ihre neue Regierung in wahrer untrennbarer Einigkeit."

Fortgesetzte Geruechte, kleinere deutsche Truppenbewegungen nach Oesterreich und bevorstehende Ankunft der oesterreichischen Regierung. SS und SA in unzweifelhafter Kontrolle Wiens. Polizei traegt Hakenkreuzarmbinden, Geruecht, dass Schuschnigg und Schmidt verhaftet, Hitler und Hess hier. Unterschrieben Wiley.

Die gesetzgebende Maschine wurde sofort in Betrieb gesetzt, mit dem Zweck der Konsolitierung bezueglich all dieses Materials, verweise ich das Gericht nur auf die deutschen und auf die Dokumentennummer in englischer Uebersetzung. Doch glaube ich nicht, dass ich diese gesetzgebenden Akte als Beweisstuecke vor Gericht vorlegen muss.

Ich ersuche lediglich das Gericht von ihnen Rechtskenntnis zu nehmen.

Zuerst wurde Miklas gezwungen als Praesident zurueckzutreten. Ich verweise auf Dokument der deutschen Politik, Band 6, 1, Seite 147, Nummer 30b. Unsere Uebersetzung ist in Dokument 2466-PS. In diesem Zusammenhang wird sich das Gericht zweifellos an Goerings Telefongespraech erinnern, so wie es in Dokument 2947-PS gezeigt ist. Dass er auch auf Grund der Tatsache, dass Miklas die Ernennung Seyss-Inquarts verzoegerte, Miklas entlassen wurde. Seyss-Inquart wurde Kanzler und Praesident.

Er unterschrieb dann ein Bundesverfassungsgesetz vom 13. Maerz 1938 zur Wiedervereinigung Oesterreichs mit dem deutschen Reich, welches seinerseits wieder in das Reichsgesetz fuer die Wiedervereinigung einverleibt wurde, am gleichen Tage gedruckt und deutsches Gesetz wurde.

Ich verweise auf das Reichsgesetzblatt 1938, Band 1, Seite 237, Nummer 21. Eine Uebersetzung befindet sich in unserem Dokument 2310?-PS. Dieses Bundesverfassungsgesetz erklaerte Oesterreich zu einer Provinz des deutschen Reiches.

Durch die Einverleibung Oesterreichs in das deutsche Reich, brach Deutschland Artikel 80 des Vertrages von Versailles. Die folgenden Namen erschienen als Unterzeichner: Adolf Hitler, Fuehrer und Reichskanzler - Goering, Generalfeldmarschall, Reichsminister der Luftfahrt - Frick, Reichsminister des Innern- von Ribbentrop, Reichsminister des Auswartigen - Rudolf Hess, Stellvertreter des Fuehrers.

H0228-0048

Bei der Angliederung Oesterreichs an das Deutsche Reich hat Deutschland Art. 80 des Vertrages von Versailles verletzt, welcher lautet: "Deutschland erkennt die Unabhaengigkeit Oesterreichs innerhalb seiner Grenzen an;,welche in einem Vertrag zwischen dem Staat und den Hauptalliierten Maechten festgestellt ist. Sie erkennen an, dass diese Unabhaengigkeit unveraeusserlich ist."

Aehnlich verletzt die oesterreichische Aktion Artikel 88 des Vertrages von St. Germain, welcher Folgendes beinhaltet: Die Unabhaengigkeit Oesterreichs kann nicht abgenommen werden, ausser mit der Zusage des Voelkerbundrates. Infolgedessen unternimmt Oesterreich allein, ohne die Zustimmung besagten Voelkerbundrates keinen wie immer gearteten Schritt direkt oder indirekt, wobei ihre Unabhaengigkeit gefaehrdet wuerde, besonders bis sie zur Mitgliedschaft im Voelkerbundrat zugelassen wird, indem sie an den Angelegenheiten einer anderen Macht teilnimmt."

Diese grundsaetzlichen Verfassungsgesetze sahen fuer eine Volksabstimmung vor, die ueber die Frage des Anschlusses stattfinden sollte. Aber das war nur eine Formalitaet. Die Volksabstimmung konnte den Anschluss nur gutheissen. Es konnte Deutschlands Vereinigung mit Oesterreich und deren Beherrschung nicht aendern.

Um die Art und Weise zu illustrieren, wie die gesetzmaessige Gleichschaltung durchgefuehrt wurde, durch die Occupation von Oesterreich durch Truppen, ist nichts mehr notwendig, als nur einige der Gesetze Revue passieren zu lassen, die im letzten Monat erlassen wurden.

Hitler stellte die oesterreichische Bundesarmee unter seinen Befehl und verlangte, dass alle Angehoerigen des Heeres Hitler als ihren Oberbefehlshaber einen Treueid schwoeren. Eine Uebersetzung diesbezueglicher Dokumente finden wir in Beweismaterial 2936-PS, und ich beziehe mich auf eine Instruktion des Fuehrers und Reichskanzlers, das oesterreichische Bundesheer betreffend,

H0228 – 0049

vom 13. Maerz 1938, Dokument der deutschen Politik Seite 150. Die Vertreter der Provinz Oesterreich mussten ihren Diensteid leisten und an Hitler einen Treueid schwoeren, als Fuehrer des deutschen Reiches und des deutschen Volkes. Juedische Beamte durften diesen Eid nicht leisten. Ich beziehe mich auf ein"Dekret des Fuehrers und Reichskanzlers betreffs der Vereidigung der Beamten der Provinz Oesterreich vom 15. Maerz 1938." Reichsgesetzblatt 1938, 1. Band, Nr. 24. Uebersetzung hiervon finden sich in unserem Dokument 2311-PS.

Hitler und Frick unterschrieben ein Decret, indem sie an Oesterreich verschiedene Reichsgesetze anwendeten, einschliesslich des Gesetzes von 1933, gegen Schaffung neuer politischer Parteien und des Gesetzes von 1933, der Einigkeit zwischen Partei und Staat.

Ich beziehe mich auf ein "Decret des Fuehrers und Reichskanzlers, betreffs der Einfuehrung der deutschen Reichsgesetze in Oesterreich." 15. Maerz 1938, Reichsgesetzblatt 1938, Seite 247, Nr.25, 1. Band, Uebersetzung Dokument 2310-PS.

Hitler, Frick und Goering gaben Befehl, dass der Reichsminister des Inneren die Hauptautoritaet fuer die Angliederung Oesterreichs mit dem Deutschen Reichs waere. Ich zitiere dafuer auf Grund des Gesetzes der Vereinigung des Deutschen Reiches mit Oesterreich, Gesetz vom 16. Maerz 1938, Reichsgesetzblatt 1938-- das muss wohl sein, 1. Band, Seite 249, Nr. 25, Uebersetzung in unserem Dokument 1060-PS.

Im Zusammenhang mit Deutschlands grosser Propaganda-Campagne, um die Annehmbarkeit der deutschen Regierung sicherzustellen, darf man feststellen, dass Goebbels ein Reichspropaganda-Bureau in Wien einrichtete.

Ich zitiere hierfuer "Befehl betreffs der Einrichtung eines Propaganda-Bureaus in Wien, vom 31. Maerz 1938." Reichsgesetzblatt 19 1938, Seite 350, Nr. 46, Uebersetzung in unserem Dokument 2935-PS.

H0228-0050

Die Abstimmung, die an die Soldaten der frueheren oesterreichischen Armee adressiert war, redete sie als deutsche Soldaten an und fragte sie, ob sie mit der Wiedervereinigung am 13. Maerz 1938 und des Anschlusses Oesterreichs einverstanden seien.
Ich zitiere "zweiter Befehl ueber die Volksabstimmung und Wahl fuer den groesseren deutschen Reichstag, 24. Maerz 1938. 1. Band Seite 303, Uebersetzung in unserem Dokument 1659-PS.
Die Grundlage dieser Volksabstimmung, ich zitiere "Deutsche Maenner und Frauen Oesterreichs", war in dem Grundgesetz vom 13. 3. 1938 besprochen worden. Die Bedeutung Oesterreichs mit Bezug auf weitere Angriffsplaene.
Das Gericht wird sich an diese Aufstellung erinnern. Der Anschluss Oesterreichs hatte nun den Weg zum Anschluss der Tschechoslowakei geebnet. Deutschlands Wunsch, den Anschluss mit Oesterreich durchzufuehren und ihr Entschluss, dieses Ziel durchzufuehren, zu der Zeit und auf die Weise, wie sie es wuenschte, das ist mit Drohung von militaerischer Gewalt rasch und trotz politischer Gefahr, liegt in der Wichtigkeit Oesterreichs mit Bezug auf weitere Angriffsplaene.
Die Konferenz vom 5. November 1937, die einen Angriffskrieg in Europa plante, zeigt, dass man in Oesterreich tatsaechlich die Eroberung in der Weise durchzufuehren sucht, indem man eine Million Menschen vertreibt und die wahrscheinliche Vergroesserung der Kampfkraft, teilweise einer Verbesserung der Grenzen.
Ich zitiere wieder Dokument 386-PS US Exhibit 25. Oesterreich erwies sich als sehr fruchtbar fuer Deutschland. Darueberhinaus fand man dort Kassa, welches von den Juden und der oesterreichischen Regierung fortgenommen worden war.
Einer der ersten Befehle, welche nach dem Anschluss von Hitler, Frick, Schwerin von Krosigk und Schacht unterzeichnet wurden, bestimmte, dass die Aktiva der oesterreichischen National-Bank, an das deutsche Reich abgeliefert werden muessten.

H0228 - 0051

Ich beziehe mich auf "Befehl fuer die Ueberweisung der oesterreichischen National-Bank, an die Reichsbank, 17.Maerz 1938" Reichsgesetzblatt 1938, 1. Band, Seite 254, Nr. 27, Uebersetzung in unserem Dokument 2313-PS .

Auch was Menschenmaterial anbelangt, erwies sich Oesterreich als fruchtbar. Drei Monate nach dem Anschluss wurde ein Gesetz herausgegeben, nach dem 21 jaehrige Maenner in Oesterreich sich zum Militaerdienst melden mussten.Ich beziehe mich auf ein Decret, bezueglich Registrierung fuer aktiven Militaerdienst in Oesterreich, waehrend des Jahres 1938, Reichsgesetzblatt 1938, 1. Band, Seite 631, Uebersetzung in unserem Dokument 1660-PS.

Die Uebernahme Oesterreichs verbessert auch die militaerisch-strategische Position der deutschen Armee. Ich weise das Gericht auf ein Dokument hin, dass ich im Falle der Vorbereitung des Angriffskrieges vorgelegt habe, L 172 US Exhibit 34, welches einen Vortrag des Generals Jodl, des Generalstabschefs der deutschen Armee, gehalten an die Gauleiter, in Muenchen am 7, November 1934, beinhaltet. Nur eine Seite dieses Vortrages erscheint in diesem Dokument, und ich zitiere Paragraph 5 des englischen Textes, welchen Sie auf Seite 7 von Jodls Vortrag finden, wobei die Lage 1938 noch einmal betrachtet wird.

"Der Anschluss Oesterreichs brachte nicht nur Erfuellung eines alten nationalen Zieles, sondern brachte auch eine Staerkung unserer Wehrmacht und eine wesentliche Verbesserung des strategischen Lage. Waehrend vorher der tschechoslowakische Raum in bedrohlicher Form nach Deutschland hineinragte,(eine Wespentaille nach Frankreich und ein Flughafen fuer die Alliierten, besonders fuer Russland)war nun die Tschechoslowakei ihrerseits in die Zange genommen. Ihre eigene strategische Lage war unguenstig geworden, dass sie einem jeden Angriff zum Opfer fallen musste, bevor wirksame Hilfe vom Westen zu erwarten waere.

H0228-0052

Die Naziverschwoerer waren nun vorbereitet, den zweiten Teil dieser zweiten Phase der Agression auszufuehren und die Tschechoslowakei anzugreifen.

Meine Herren Richter. Logischer Weise muessen wir mit der Geschichte der Tschechoslowakei fortfahren. Aus Gruenden, die ich zu Beginn der Woche erwaehnt habe, muessen wir unsere Plaene aendern und zwar von einem rein logischen Plan auszugehen, und wir werden am Montag mit dem Teil des Angriffskrieges fortsetzen, der sich auf die Tschechoslowakei bezieht.

Im Moment haben wir die Absicht, Ihnen einen Film zu zeigen, und es wird einige Minuten dauern, bis das arrangiert ist, so dass das Gericht eine Pause eintreten lassen muss.

Vorsitzender: Koennen Sie mir bitte sagen, wie lange der Film dauern wird?

Mr. Alderman: Der Film, wie ich hoere, wird eine Stunde dauern.

Vorsitzender: Wir werden jetzt eine Pause von 10 Minuten eintreten lassen.

(Um 3.15 tritt eine kurze Pause ein.)

H0228-0053

Colonel Storey: Herr Vorsitzender, wenn es dem Hohen Gericht gefaellt, moechte ich im Zusammenhang mit dem was Herr Alderman gesagt hat, mitteilen, dass wir unsere Verfahren in einem gewissen Ausmass aendern muessen. Morgen fruh wird der erste Zeuge zum Verhoer gebracht werden. Dann wird Herr Alderman am Montag und Sir Hartley Shallcross am Dienstag die Eroeffnungsrede fuer das Britische-Imperium, halten.

DerFilm, der heute Nachmittag gezeigt wird, wurde auf Wunsch, den Rechtsanwaelten schon vorgestern in diesem Gerichtssaal vorgefuehrt. Ich habe Herrn Dr. Dix persoenlich gebeten, die Einladung an die anderen Vertreter zu uebernehmen. Acht von ihnen kamen, doch Dr. Dix sagte mir, dass er nicht kommen wuerde, ausser wenn er dazu gezwungen waere.

Ich stelle nun Herrn Dodd vor, unter dessen Leitung die Vorfuehrung erfolgen wird.

Mr. Dodd: Die Anklagebehoerde fuer die Vereinigten Staaten, wird nun dem Gericht, wenn es erlaubt ist, einen Tatsachenfilm ueber die Konzentrationslager vorfuehren. Diesist auf keinen Fall der gesamte Beweis, den die Anklagebehoerde zu unterbreiten hat, mit Bezug auf Konzentrationslager. Jedoch stellt dieser Film in kurzer und unvergessbarer Form eine Erklaerung dar, was die Worte "Konzentrationslager", bedeuten.

Dieses Thema folgt in der Darstellung der Vorgaenge, die zu dem tatsaechlichen Ausbruch des Angriffskrieges fuehrten, welche wie Herr Alderman ausfuehrte, und von den Nazi-Verschwoerern geplant und vorbereitet wurde. Wir wollen Ihnen zeigen, dass die Konzentrationslager nicht ein Ziel bildeten, sondern einen integralen Teil des Nazi-Systems. Wie wir zeigen werden, standen sie SS- und Gestapo- Wachen hinter den offiziellen Seiten des Reichsgesetzblattes.

Wir wollen beweisen, dass jeder einzelne dieser Angeklagten, Kenntnis von den Konzentrationslagern hatte. Der Schrecken und Terror und das namenlose Elend der Konzentrationslager, waren die Mittel, welcher sich die Angeklagten bedienten, um im Besitz der Macht zu bleiben, und alle Opposition gegen ihre Plaene, einschliesslich des Planes fuer den Angriffskrieg, zu unterdruecken. Auf diese Weise erzwangen sie die Kontrolle, die sie dem deutschen Volke auferlegten und auf diese Weise ver-

H0228-0054

nichteten sie die Freiheit in Deutschland und in den anderen Laendern, die sie ueberfallen hatten.

Schliesslich ersuchen wir das Gericht, bei diesem Film die Tatsache im Sinne zu behalten, dass, wie spaeter bewiesen werden wird, einige Organisationen die in diesem Raum angeklagt sind, die Verantwortung fuer die Schaffung und Kontrolle und auch der Verwaltung der ganzen Konzentrationslager tragen; und zwar, die SS, SD und die Gestapo, die die Opfer in die Lager gebracht, und andere Gliederungen der SS, welche fuer die Greueltaten, die dort verbracht worden sind, verantwortlich gewesen sind.

Commander James Donavan; wird einen Film einfuehren, in dem seine Quelle und seine Authentizitaet erklaert wird.

Commander Donavan: Meine Herren Richter: Ich beziehe mich auf Dokument 2430-PS, das sich auch auf den Film bezieht: "Nazi-Konzentrationslager" und auf das Beglaubigungsschreiben von Commander James Donavan, Lt. Colonel George Stevens, das Affidavit des Lt. Stevens, sind ebenfalls im Film enthalten und werden nun in den Protokollen des Gerichtes erscheinen. Mit der Erlaubnis des Hohen Gerichtes, werde ich jedoch diese Beglaubigungsschreiben vorlesen, die in dem Film nicht erscheinen.

Vorsitzender: Da die Verteidigung keinen Einspruch erhoben hat, wird es kaum notwendig sein, diese formalen Beglaubigungsschreiben vorzulesen.

Commander Donavan: Jawohl mein Herr. Die Vereinigten Staaten unterbreiten nun als Beweismaterial einen offiziellen Tatsachenfilm ueber die Nazi-Konzentrationslager. Dieser Bericht ist zusammengestellt worden aus Filmen, die von alliierten militaerischen Fotografen aufgenommen wurden, als die Armeen im Westen die Lager befreiten. Der beigelegte Vortrag ist aus Berichten der Militaer-Photografen, die die Lager filmten. Waehrend dieser Film fuer sich selbst spricht, und Leben und Tod in den Konzentrationslagern beschreibt, ist die Beglaubigung dieses Filmes offiziell durchgefuehrt worden.

Wie bereits gesagt wurde, ist dieser Film allen Betreffenden zur Verfuegung gestellt worden und die Verteidiger der Angeklagten sind im Besitz von Abschriften der Beglaubigungsschreiben, die rechtsmaessig

H0228-0055

uebersetzt sind.

Wenn das Hohe Gericht erlaubt, werden wir nun den Film vorfuehren. Dokument 2430-PS US Exhibit 79. (Nun wurde mit der Vorfuehrung des Filmes begonnen.) Die Beglaubigungsschreiben sind auch auf der Filmleinwand als Teil des Filmes vorgefuehrt worden.

"Ich George C. Stevens, Lt. der Armee der Vereinigten Staaten, erklaere hierbei:

" 1. Vom 1. Maerz bis 8. Mai 1945, war ich im aktiven Dienst des Unite States Army Signal Corps, Supreme Headquarters, Allied Expeditionary Forces. Zu meinen offiziellen Pflichten gehoerte die Leitung der Photografierung der Nazi-Konzentrationslager und Gefangenenlager, wie sie von den Alliierten Maechten befreit wurden.

2. Die Filme, die nach diesem Affidavit gezeigt werden, wurden von offiziellen alliierten Photografen aufgenommen, waehrend ihrer offiziellen Taetigkeit. Jede Abteilung ist von militaerischen Personen zusammengestellt, unter der Leitung eines Offiziers.

3. Nach meinem besten Wissen und Glauben beinhalten diese Filme eine wahre Wiedergabe der Personen und der Scenen, die photografiert wurden. Die mitfolgende Erzaehlung ist eine wahre Feststellung der Tatsachen und Umstaende, unter welcher diese Bilder aufgenommen wurden.

Unterschrift: George C. Stevens, Lt. Colonel, USA.

Beglaubigt: am 2. Oktober 1945, unterschrieben James P. Donavan,
Commander, United States Naval Reserve.

Ich, E. R. Kellogg, Lt. United States Navy, erklaere hierbei:

1. Von 1929 - 1941 war ich bei der Twentieth Centure Fox Studios Hollywood, California, als Film-Direktor angestellt, und mit der Technik der Photografie vertraut. Seit dem 6. September 1941, bis zum heutigen Tage, des 27. August 1945, bin ich im aktiven Dienst der Vereinigten Staten Navy, gewesen

2. Ich habe den Film genauestens untersucht, der nach diesen Affidavit gezeigt werden wird und erklaere, dass die Bilder vom Original-Negativ nicht entstellt oder irgendwie geaendert worden sind und wahre Abzuege des Originals sind, welche sich in Safe des United States Army

H0228 - 0056

Signal Corps, befinden. Diese Abschnitte messen 6 000 Fuss von dem Film, welcher einen 80 000 Fuss langen Film entnommen worden ist, der von mir durchgesehen worden ist und sie sind den Excerpten aehnlich.

Unterschrift: E. R. Kellogg, Lt. Unite States Navy.

Beglaubigt am 27. August 1945, unterschrieben von John Ford, Captain, Unite States Navy.

(Nach der Vorfuehrung des vorhin erwaehnten Filmes war das Verfahren wie folgt).

Colonel Storey: Das endet die Vorfuehrung.

(Daraufhin um 16.30 Uhr wurde die Sitzung des Tribunals vertagt, um am 30. November um 10 Uhr wieder zusammen zutreten.)